

Münster ist im Krieg.

Und wir sind dagegen!

Über die "Stadt des *Westfälischen Friedens*" und ihre Rolle in den heutigen globalen Kriegen.

Reader zur antimilitaristischen Demonstration vom 1. Dezember 2001

Inhalt

Gegen Krieg und Militarismus! – Es wird höchste Zeit, daß etwas passiert!

Bildung und Militarismus – Was die Universitäten mit dem Militär zu tun haben

Begrüßung vor dem Sitz des Deutsch-Niederländischen Korps

Lokal, National, Global – oder: nehmen wir die Westfälische Friedensstadt und Provinzidylle Münster als Militärstadt ernst

Der neue Otto-Katalog ist da! – Zur aktuellen Politik der inneren und äußeren Sicherheit

Nie wieder Krieg – **ohne uns!**

Das Lufttransportkommando der Bundeswehr sitzt in Münster!

Soziale Bewegung gegen Krieg, Parteien und Herrschaft! – Vom Fischerchor zum Fischerkorps

Der 11. September 2001 und die Folgen – weitere Texte...

Wenn der "Schutz vor dem Terrorismus" zum Terror wird...

"Demokratische Propaganda" - Wie in westlichen Demokratien Kriege vorbereitet werden...

america under attack

Liebe Münsteranerinnen und Münsteraner,

unsere Stadt feiert sich immer gern als "Stadt des **Westfälischen Friedens**".

Es gibt einen Friedenssaal, eine Friedensschule, eine Friedensstraße, ein paar Kanaldeckel mit Friedenstauben darauf, die zu dem skandalösen Friedenspreis* passen, der von hier ansässigen mittelständischen Unternehmern ausgelobt wird, und – äh, das war's auch schon!

Demgegenüber gibt es jede Menge Straßen und Plätze, die militaristische Namen tragen, z.B. von vermeintlichen "Kriegshelden", wie U-Boot-Kommandanten und Feldherren usw. Dann die sogenannten Ehrenmale, an denen immer noch reaktionäre Rituale als "Heldenverehrung" stattfinden...

Außerdem gibt es zahlreiche Kasernen und andere Militäreinrichtungen, die dem Bild der Friedensstadt Münster so gar nicht entsprechen. Und Münster nimmt bundesweit eine führende Rolle ein, wenn es darum geht, Soldaten und Kriegsgerät in die neuen und neuesten Krisen- und Kriegsgebiete zu schicken.

Hiergegen gab es am 1. Dezember 2001 eine Demonstration, initiiert von der Gruppe B.A.S.T.A., unterstützt von vielen anderen Gruppen und Einzelpersonen, die diese Münsteraner Doppelmoral ebenso wie wir zum Kotzen finden. Dieses biedere, nur äußerlich harmlose Städtchen war und ist beteiligt an Krieg, Mord und Vertreibung – weltweit!

Mit diesem Reader wollen wir die entsprechende Beteiligung von Münsteraner Militäreinrichtungen dokumentieren, um diesen Umstand einmal zu Bewußtsein zu bringen. Und wir wollen aufmerksam machen auf die Militarisierung nicht nur der (Außen- und Innen-) Politik, sondern auch des Denkens. Und natürlich wollen wir gegen diese Militarisierung und die neue Aufrüstungspolitik mobilisieren. Im folgenden sind also zahlreiche Texte und Redebeiträge dokumentiert, die hoffentlich zum Nachdenken anregen – übrigens nicht nur von der o.g. Demo, denn es gab und gibt vielfältige Aktivitäten gegen Krieg und Militarismus in dieser Stadt – und zahlreiche Möglichkeiten, mitzutun! Beteiligt Euch nicht am Krieg, sondern leistet Widerstand!

Herzlich gedankt sei allen, die bei der Demo und auch an der Entstehung dieses Readers mitgewirkt haben – ganz besonders dem **duo contraviento** sowie **Onkel Willi**, die für die Livemusik zuständig waren und damit sehr zu der guten Stimmung auf der Demo beigetragen haben; aber auch allen anderen Anwesenden gilt unser Dank...

So, und nun Viel Spaß beim Lesen!

Gruppe B.A.S.T.A.

* In diesem Jahr ist die Preisträgerin keine geringere als Carla del Ponte, "Chefanklägerin" des keineswegs unabhängigen Kriegsverbrechertribunals in Den Haag (NL). Die vorherigen Preisträger sind ebenso strategisch gewählt: der Kosovoalbaner Ibrahim Rugova sowie Helmut Kohl.

Impressum

Münster ist im Krieg. Und wir sind dagegen!

Über die "Stadt des **Westfälischen Friedens**" und ihre Rolle in den heutigen globalen Kriegen.

ISBN: 3-936049-07-6

Verlag Edition AV, Postfach 500 202, 60392 Frankfurt am Main, April 2002

Auflage: 1500

Druck: AStA-Druckerei, Schloßplatz 1, 48149 Münster

Herausgegeben von der Gruppe B.A.S.T.A. - c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48151 Münster
mit freundlicher Unterstützung des Referates für Frieden und Internationalismus des AStA der Uni
Münster.

Aufruf der Gruppe B.A.S.T.A. zur Demonstration gegen Krieg und Militarismus am 1.12.2001

Es wird höchste Zeit, daß etwas passiert!

Die Bundesrepublik führt erneut Krieg. Doch diesmal brauchte es nicht nur massive Lügenpropaganda, wie noch beim Angriffskrieg der NATO gegen Jugoslawien, sondern zusätzlich Erpressung: Die wenigen rot-grünen Gegner und Gegnerinnen des neuen Kriegseinsatzes der Bundeswehr wurden quasi dazu gezwungen, ihren Gewissensnotstand der geforderten Staatsräson eines sich diktatorisch gebärdenden Kanzlers unterzuordnen.

Mit Demokratie hat das nichts zu tun! So agiert ein Staat, der die Willensbildung seiner Bevölkerung nicht ernst nimmt und die Bedenken von Abgeordneten mißachtet, und der ausschließlich seine aggressiven Verwertungsinteressen und Großmachtambitionen verfolgt: Die Bevölkerung wird nicht gefragt, sie hat zu gehorchen! Kritisch denkende Menschen werden mit Berufsverbot "bestraft", kritische Journalisten mundtot gemacht und bürgerliche Freiheitsrechte ohne Not eingeschränkt. Für diese "Politik" wurde die Regierung nicht gewählt, sie verstößt gegen ihren eigenen Koalitionsvertrag. Aber niemand denkt an Rücktritt, denn hier ist eine Regierung am Werk, die ihr Kriegshandwerk mittlerweile meisterhaft versteht, und die diese Welt im Bündnis mit anderen "masters of war" zu beherrschen trachtet.

In Afghanistan geschehen heute immer noch, auch nachdem die Taleban längst aus Kabul und aus dem Norden des Landes vertrieben wurden, massive Menschenrechtsverletzungen und Massaker. Sie werden u.a. von Angehörigen der sog. Nordallianz begangen, die neuen Verbündeten der NATO. Ihre Brutalität steht jener der Taleban in nichts nach, aber die neuen Täter sind dem Westen genehm er brachte sie schließlich an die Macht – zumindest in Zweidritteln des Landes. Aus Dank garantieren sie dem Westen den uneingeschränkten Zugriff auf Infrastruktur und Ressourcen des Landes. Aber die Taleban sind noch da: Sie kontrollieren weite Teile Afghanistans und Pakistans, und ohne sie wird es keinen Frieden geben.

In dieser Situation kommen deutsche Soldaten entgegen ihres im Grundgesetz festgelegten Verteidigungsauftrags außerhalb des NATO-Gebietes zum Einsatz – um zu töten! Daß v.a. zivile Opfer bei diesen Einsätzen zu beklagen sein werden, zeigt der ganze bisherige brutale Angriffskrieg gegen die afghanische Bevölkerung.

Auch Münster ist beteiligt an diesem neuen deutschen Militarismus! Darum fand in den letzten Jahren eine schleichende Militarisierung der Gesellschaft statt – ein Blick in die Zeitungen oder das Beispiel der "Zapfenstreiche" auf dem Schloßplatz und die jährlich stattfindenden "Abendmärsche" beweisen das. Für die Universität sind die Einnahmen aus der "Rüstungsforschung" eine feste Größe geworden, genauso, wie für die Stadt die Zuwendungen für militärische Einrichtungen: Das *Deutsch-Niederländische Korps* mit Sitz am Hindenburgplatz findet sich als "Eingreiftruppe" sowohl in europäischen als auch in NATO-Plänen. Und am Hohenzollernring liegt gar das *Luftwaffentransportkommando*, das an der Koordination von "Nachschubflügen" bei Bundeswehreinräsen beteiligt ist. Diese beiden Einrichtungen bilden in der traditionell militaristischen Garnisonsstadt Münster die Kettenglieder zum fürchterlichen Kriegsgeschehen in Zentralasien und im Nahen Osten.

Wir können die Militarisierung des Denkens und den Kriegskurs der Bundesregierung sowie der allermeisten parlamentarischen Kräfte in unserem Land – und die *ungestörte* Einbeziehung Münsters hierbei – nicht länger hinnehmen. Darum demonstrieren wir vor den jeweiligen Militäreinrichtungen für die sofortige Beendigung des Krieges.

Die Bundesrepublik ist nach 1945 auf dem Fundament eines faschistischen Staates gegründet worden, der sich v.a. aus dem preußischen Militarismus unter Abwehr demokratischer Kräfte entwickeln konnte. Verhindern wir, daß dieses Fundament wieder zum Vorschein kommt - egal, welche Legitimation uns die Kriegsherren in Berlin vorgaukeln!

▮ Treten wir unserer Einbeziehung in diesen völkerrechts- und verfassungswidrigen Krieg entgegen, indem wir am 1. 12. 2001 dagegen protestieren: "Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!"

- Aufruf des Bildungssyndikats der FAU Münster -

Bildung und Militarismus

Was die Universitäten mit dem Militär zu tun haben

Die Forderung ist alt: StudentInnen haben schon oft betont, daß die (finanzielle) Bildungsmisere doch nicht sein müsste, wenn der Staat das Geld einfach in die Bildung stecken würde anstatt in die Rüstung. Für wesentliche "Großvorhaben" hat die Bundeswehr von 1997-2001 eine Summe von 108.890,6 Millionen DM eingeplant. Für die sogenannte "Verteidigung" wird - trotz Kürzungen - vom Staat das dreifache ausgegeben wie für die Bildung.

Innerhalb einer staatlichen Ordnung mag die Forderung einer "Umverteilung" dieser Gelder in Ordnung sein, aber ganz so einfach ist das alles dann doch nicht. Eindeutig wird die Gesellschaft weltweit, bundesweit und lokal militarisiert und ein Teil dieser Gesellschaft ist nun mal der Bildungsbereich, konkret: die Universitäten. Während StudentInnen für Feierlichkeiten, Kundgebungen etc. Universitätsgelände, insbesondere den Platz vor dem Schloß gar nicht oder nur mit Ach und Krach zur Verfügung gestellt bekommen, darf das deutsch-niederländische Korps hier Zapfenstreich oder den Abschluß der unsäglichen "Münsteraner Abendmärsche" zelebrieren.

Das sind aber nur die sichtbaren Zeichen dafür, daß die Universität mit Militarismus keine Probleme hat (wer hätte was anderes erwartet?). An Universitäten wird geforscht, und Forschung soll einen ökonomischen Zweck haben. Es ist kein Geheimnis, daß Forschungen - gerade in naturwissenschaftlichen Bereichen, aber natürlich auch in den Geisteswissenschaften - auch vom Bundesministerium für Verteidigung (im folgenden Kriegsministerium genannt) finanziert werden, und das will natürlich verwertbare Ergebnisse sehen.

Die Uni Münster hat im Jahr 2000 54,9 Millionen DM an Drittmitteln für Forschungszwecke ausgegeben. Nach den Recherchen von Rainer Rilling (Uni Marburg) hat die Uni Münster allerdings kein Geld vom Kriegsministerium bekommen.

Also alles in Butter? Keine militärisch relevanten Forschungen an der Universität Münster?

Weit gefehlt. Der "Verteidigung" fehlt es ja auch immer an Geld und daher gibt es das Konzept des "dual use", kurz gesagt: der Militär-industrielle Komplex (MIK) wird hier relevant. Forschungsprojekte werden von Privatkonzernen oder deren Stiftungen finanziert, die Ergebnisse sind dann sowohl im zivilen wie auch im militärischen Bereich nutzbar. Die Uni Münster etwa gehört zu den renommiertesten im Bereich der zukunftsrelevanten Nanotechnologie - einem Bereich, der das Militär natürlich brennend interessiert.

Es ist nicht damit getan, eine Umverteilung von Geldern aus dem Militär - in den Bildungsbereich zu fordern. Damit sind die Militaristen und Kriegstreiber durchaus zufrieden. Sie sparen Geld und bekommen dennoch, was sie wollen. Konsequenter Antimilitarismus muß alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringen und immer fragen, welche militärische Relevanz andere Bereiche haben könnten.

Nicht nur gegen den Krieg in Afghanistan und gegen die NATO, gegen das Luftwaffentransportkommando und das deutsch-niederländische Korps, gegen Zapfenstreiche und Abendmärsche, auch gegen Forschungen für das Militär - ob offen oder verdeckt - in Münster und anderswo werden wir demonstrieren!

KOMMT AM 1.12. UM 11.00 UHR ZUM DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCHEN KORPS UND DEMONSTRIERT GEGEN KRIEG UND MILITARISMUS!

Der Krieg ist in Afghanistan, vorbereitet wird er hier!

(aus: Interhelpo. Zeitung des Bildungssyndikats Münster. Nr. 9./November 2001.)

Begrüßung auf der Auftaktkundgebung vor dem Sitz des Deutsch-Niederländischen Korps am Hindenburgplatz, Münster

Moderation: Edo Schmidt, Gruppe B.A.S.T.A.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte Euch im Namen der Veranstalterinnen und Veranstalter dieser Demonstration gegen Krieg und Militarismus willkommen heißen und Euch zu Eurer Entscheidung, teilzunehmen und mitzumachen, beglückwünschen. Heute morgen stand in der Zeitung, daß die Europäische Union verbindlich festgelegt hat, "was genau Terrorismus ist". Demnach gelten jene "Taten" als Terrorismus, "die das Ziel haben, die 'Bevölkerung schwerwiegend einzuschüchtern, staatliche und internationale Organisationen zu erpressen oder die 'politische, verfassungsmäßige, ökonomische oder soziale' Ordnung eines Staates oder einer internationalen Organisation zu destabilisieren oder zu zerstören." Besonders hervorgehoben wird dabei "auch das Bilden 'terroristischer Vereinigungen.'" (*Frankfurter Rundschau* vom 1. Dezember 2001: 1)

Nach dieser Definition müßte der brutale Angriffskrieg der USA - und neben anderen inzwischen auch der Bundesrepublik Deutschland - gegen Afghanistan als "Akt des Terrorismus" verurteilt werden. Und betrachtet man die "Taten" der NATO, die ja angeblich diesen Krieg führt, zusammen mit jenen, die die nordatlantische Organisation seit ihrem Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 auf dem Kerbholz hat, müßte man wohl von ihr als "terroristische Vereinigung" sprechen.

Aber diese Demonstration richtet sich nicht nur gegen den gerade laufenden Krieg - und gegen jene, die gerade vorbereitet werden ("Emirate kappen Somalias Internetzugang", so war am 24. November 2001 auf dem Heise News-Ticker zu lesen), sondern auch gegen *Militarismus!*

Als ich Plakate für diese Demonstration geklebt habe, wurde ich von zwei Schülerinnen gefragt, was denn eigentlich "Militarismus" sei. Ich konnte ihnen nur vage antworten: "Die Lösung politischer Probleme nur auf militärischem Wege zu verfolgen und Militär und Krieg, statt als unmenschliche Herrschaftsinstrumente, als 'schöne Tradition' zu pflegen." Aber dies entspricht nicht ganz der Wahrheit. In einem "Wörterbuch der Soziologie" (Hillemann 1994: 555) findet sich der folgende Auszug:

Militarismus "bezeichnet das Übertragen militärischer Wertvorstellungen und Verhaltensformen auf andere, zivile Bereiche der Gesellschaft (...).

Militarismus führt zu emotional-aggressiver Begeisterung für kriegerische Lösungen politischer Konflikte, zu einem vorherrschenden militärischen Führungsstil (Befehl und Gehorsam), begünstigt ein Ausrichten der wesentlichen volkswirtschaftlichen Produktivkräfte auf wehrwirtschaftliche Erfordernisse, bedeutet Verherrlichung einer militärischen Elite (...)."

An diverse Auftritte des Kanzlers darf gedacht werden, an seine preußisch-versteinerte Mine und sein autoritäres Auftreten in Pressekonferenzen, in denen kritische Fragen, wenn sie denn überhaupt gestellt werden, einfach nicht beantwortet werden. Dann die Wörtwahl und das Auftreten auch anderer Befürworter des Krieges, das Unterdrücken gesamtgesellschaftlich relevanter Diskussionen zugunsten von Ritualen der Staatsraison im Parlament ("Vertrauensfrage"). Und schließlich die Aufrüstung: Milliarden werden verschleudert für einen Kriegseinsatz, der nur den Großmachtambitionen Deutschlands Nachdruck verleihen soll. Und der die dahinterstehenden Wirtschaftsinteressen verfolgt: Kampfhubschrauber, Flugzeuge, ja, ein eigener Militärsatellit muß her. Wie wäre es noch, so fragte jüngst ein Kabarettist, mit einem Flugzeugträger? Der müßte dann natürlich *Konrad Adenauer* heißen!

Aber was will man erwarten von einer Regierung, die von sich behauptet, "Friedenspolitik" zu betreiben, und die im nächsten Jahr für das Militär satte 26,4 Mrd. Euro ausgeben will und für Bildung gerade mal 8,5 Mrd. übrig hat? (Zahlen aus *Frankfurter Rundschau* vom 1. Dezember 2001: 1)

Die spinnen, die Herrschenden, oder?!

Lokal, National, Global - oder: nehmen wir die Westfälische Friedensstadt und Provinzidylle Münster als Militärstadt ernst

Redebeitrag von Dieter Keiner, Aktionsbündnis gegen den Krieg,

Ich beginne mit einem Zitat von Subkommandante Marcos - als Referenz an die Initiatoren dieser Demonstration, als Würdigung der mit dieser verbundenen harten Arbeit und als Dank für die Einladung, hier sprechen zu dürfen: *"Der Ruf 'Basta! Es reicht!' findet ein Echo in anderen Teilen der Welt, und unsere Forderung, wir brauchen einen Platz auf der Erde, wo wir sein können, wie wir sind, spiegelt die Problematik und die Forderungen anderer Menschen wider."*

Das Ausgangsproblem

Wie können wir verhindern, dass wir, die wir gegen Militarisierung, Krieg und Rassismus kämpfen, Teil der Gewaltspirale werden, uns von Manipulations- und Lügenagenturen der Warlords beeinflussen, uns zu einem Teil der Gewaltfiguration machen lassen und im Sinne der durchgesetzten Militarisierungs-, Kriegs-, Überwachungs- und Repressionspolitik zu funktionieren beginnen?

Mein Text für die heutige Demonstration gegen Krieg und Militarismus hat etwas mit der Suche nach Antworten auf diese Frage zu tun.

I.

Die Bedingungen für den anti-militaristischen Kampf sind schwieriger, die Verhältnisse eindeutiger geworden. Wir bewegen uns erkenntnistheoretisch, in unseren Alltagswahrnehmungen und in unserem praktischen Handeln auf der Höhe der Dialektik des Globalisierungsprozesses.

Wir erleben und erkennen, dass und wie sich sowohl hinsichtlich von Krieg und Militarisierung wie hinsichtlich des Widerstandes die drei Ebenen des Globalen, des Nationalen und des Lokalen in einer neuen Weise verzahnen, aufeinander bezogen werden, ineinander greifen.

II.

1. Die lokale Ebene innerhalb dieser Dialektik erscheint angesichts globaler Kriegsverhältnisse und angesichts einer nationalen Kriegspolitik in einem neuen Licht und ist in ihrer neuen Bedeutung für die globale wie nationale Ebene der Militarisierung wie des Widerstandes zu beurteilen.

2. Die nationale Ebene erscheint ebenfalls angesichts der von den USA und der NATO betriebenen globalen Kriegspolitik in neuem Licht und ist in ihrer Bedeutung für die lokale wie die globale Ebene der Militarisierung wie des Widerstandes zu beurteilen.

3. Die globale Ebene erscheint ebenfalls angesichts der Kriegspolitik in einem neuen Licht und ist zu beurteilen in ihrer Bedeutung für Prozesse der Militarisierung und des Widerstandes auf der lokalen wie der nationalen Ebene.

III.

Welche Erkenntnisse lassen sich aus der neuen politischen wie militärischen Verzahnung der drei Ebenen des Lokalen, Nationalen und Globalen gewinnen – sowohl für die Form der Durchsetzung der Prozesse der Militarisierung wie auch des Widerstandes auf allen drei Ebenen?

1. Die lokale Ebene

a. Nehmen wir Münster als Militärstadt ernst – als eine Stadt, die für die Militarisierungsprozesse auf der nationalen wie globalen Ebene eine neue Bedeutung gewinnt. Die Stadt ist integraler Teil der neuen, globalen westlichen Kriegsszenarien: mit dem Strategie-Konzept der NATO vom April 1999 hat sich die Rolle des Militärs in dieser Stadt zu verändern begonnen; das deutsch-niederländische Korps wird strategisch umgebaut zu einer schnellen Eingreiftruppe der NATO, mit Zuständigkeit auch für die Logistik des Einsatzes schneller Eingreiftruppen in Zeiträumen von maximal 30 Tagen in jeder von der NATO als Krisengebiet definierten Region der Welt; das Lufttransportkommando erhält neue strategische Aufgaben im Verbund mit den Niederlanden, die alle strukturell darauf gerichtet sind, "rapid deployment", also die schnelle Platzierung von Militäreinheiten in Kriegsgebieten, zu gewährleisten;

die in Münster stationierten Panzereinheiten der ehemaligen britischen Rhein-Armee sind ebenfalls in das neue NATO-Konzept integriert und unterliegen denselben strategischen Urbauplanungen wie das deutsch-niederländische Korps und das Lufttransportkommando;

zu beachten ist auch im Kontext dieser Prozesse der Militarisierung und der strukturellen Veränderung der Aufgaben der in Münster stationierten Militäreinheiten und angesichts der geplanten Neubestimmung des Verhältnisses von Polizei und Bundeswehr die geplante Weiterentwicklung der Polizeiführungs-Akademie in Hiltrup zur "Deutschen Hochschule der Polizei". Dies wird zu einer weiteren inneren Militarisierung dieser Stadt beitragen, nicht zuletzt in den Hochschulen Münsters; hat doch die Polizeiführungs-Akademie, wie der Oberbürgermeister kürzlich betonte, heute schon einen festen Platz in der Bildungs-, Forschungs- und Hochschullandschaft Münsters. Der Oberbürgermeister hat auch für diese Entwicklungsperspektiven die populistische Version bereit, die allerdings sehr viel Wahrheit enthalten dürfte: "Sicherheit gehört heute in den Kommunen zu den harten Standortfaktoren" (Münstersche Zeitung vom 27.11.2001).

In der Summe heißt dies, dass die lokale Ebene des Militärs und daß die lokalen Militarisierungs- und Überwachungsprozesse einbezogen sind in einen strukturellen, strategischen Urbauprozess, der sich auf zwei Ebenen bezieht und detailliert dokumentiert werden kann:

- auf die Ebene des Militärs und der Militärtechnologie;
- auf die Ebene der strategischen militärischen Mobilitätslogistik.

Beide Ebenen sind Teil der Realisierung des neuen NATO-Konzepts. Die nationalen Armeen eines jeden Mitgliedstaates der NATO sind in diesen Urbauprozess in verbindliche Planungen integriert und diesen unterworfen.

Der antimilitaristische Widerstand in dieser Stadt hätte hierfür, so wie es das Aktionsbündnis gegen den Krieg seit 1999 tut, kontinuierlich Öffentlichkeit herzustellen, Entwicklungen zu dokumentieren und zu analysieren und den politischen Mandatsträgern, insbesondere in Wahlkämpfen, es schwer zu machen, diese Stadt als Friedensstadt zu vermarkten und damit die lokale wie die regionale Öffentlichkeit bewusst zu täuschen.

b. Nehmen wir Münster ernst als Stadt, die mit den hier operierenden Parteien der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP und mit deren politischen Eliten aktiv mitwirkt an der lokalen Umsetzung der nationalen wie globalen Militarisierungs- und Kriegspolitik.

In diesen sich verändernden strukturellen Kontexten ist die Rolle der lokalen politischen Eliten wie auch die einzelner Personen zu beurteilen. So muss der MdB Nachtwei als Teil des militärstrategischen Establishments begriffen werden – mit der besonderen Aufgabe, sich von einer sicheren politischen Heimatbasis aus um das, was die NATO zivil-militärische Beziehung nennt, zu kümmern – also alles zu tun, was die möglichst konfliktfreie Beziehung zwischen Militär und Bevölkerung fördert und dabei die NATO-Ideologie der zivilen, friedensfördernden und friedenserhaltenden Zukunftsaufgaben dieses Bündnisses unter das Wahlvolk zu bringen, das heißt, herrschaftsrelevant für die nationale wie globale Ebene von der lokalen politischen Basis aus diese Ideologie zum Tragen zu bringen. Nehmen wir also diese Stadt auch ernst in ihrer Bedeutung für die politische Durchsetzung und Legitimation von Militarisation und Krieg und sprechen wir den Parteien der Grünen, der SPD, der CDU und der FDP und all ihren opportunistischen Mtläufem das Recht ab, vor Ort Friedenspolitik zu machen und gleichzeitig jedwede Kriegsplanung auf der Bundesebene zu decken. Lassen wir uns nicht deren Schizophrenie aufdrängen.

2. Die nationale Ebene

a. Nehmen wir zur Kenntnis, dass vor unseren Augen ein weiteres Mal, nach Remilitarisierung, NATO-Beitritt, Atomenergieentscheidung, eine langfristig folgenreiche Entscheidung gegen die Menschen dieses Landes getroffen worden ist: Krieg ist von jetzt ab integraler, politisch gewollter Bestandteil deutscher Außenpolitik.

Für die BRD hat damit eine neue Phase ihrer Geschichte begonnen.

Wenn die politische Schickleria à la Rezzo Schlauch von einer historischen Entscheidung redet, dann ist es genau dies, was sie meinen. Da helfen keine Beschönigungen, keine Verharmlosungen und Lügen. Der Beschluss des Bundestages zu der neuerlichen Beteiligung an einem Krieg liest sich wie ein außenpolitisches Ermächtigungsgesetz:

„Einsatzgebiet der deutschen Truppen ist die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Mittel- und Zentralasien und Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete.“ Und die deutsche Beteiligung an der Operation „Enduring Freedom“ hat auch zum Ziel, „Dritte dauerhaft von der Unterstützung terroristischer Aktivitäten abzuhalten.“

Also: Geopolitisch weit definierte Räume und Aufgaben für die neue deutsche Außenpolitik.

b. Nehmen wir zur Kenntnis, dass diese neue Außenpolitik eine neue, repressive Innenpolitik impliziert. Das nach außen über die NATO offensiv definierte Gewaltmonopol des Staates der BRD wird zeit- und strukturell nach innen gegen die Menschen dieses Landes gerichtet – und zwar in allen relevanten innenpolitischen Politikfeldern – mit Blick auf die Intensivierung alter und die Durchsetzung neuer Formen staatlicher Überwachung und Repressionen und mit Blick auf die Vernichtung von Steuermitteln für die Kriegspolitik zu Lasten der Bevölkerung.

Es geht also innenpolitisch, auf der nationalen Ebene, primär um die so genannten Sicherheitspakete und um Haushaltsentscheidungen im Sinne einer Umverteilung öffentlicher Mittel zugunsten der Kriegspolitik und Überwachungs politik und zu Lasten der Bevölkerung. Für das Jahr 2001 geht die Bundesregierung von „Mehrausgaben von ca. 50 Millionen-DM“ aus. „Im Jahre 2002 werden zusätzliche Ausgaben bis zu 500 Millionen-DM erforderlich. Sie werden aus den zusätzlichen Anti-Terror-Mitteln finanziert.“

Wir sehen an diesen wenigen Beispielen, wie sich die nationale Ebene neu strukturiert, wie sie neu strukturiert wird und es ist unschwer zu erkennen, dass diese Neustrukturierung der Außenpolitik der Bundesrepublik im Kontext der NATO und im Kontext der uneingeschränkten Solidarität mit den USA vielfältige Implikationen für die lokale Politikebene hat und in hoher Verzahnung mit den Kriegsplanungen und Militarierungsprozessen auf der globalen Ebene steht.

c. Die Betrachtung der nationalen, innenpolitischen Ebene in ihrer Bedeutung für die globalen wie lokalen Prozesse erfordert aber auch einen Blick auf die politisch-strategische Bedeutung des Bundesverfassungsgerichtes als Teil des

arbeitsteiligen Herrschaftsapparates der BRD. Dieses Gericht hat in seinem 2. Senat unter der Präsidentin Limbach am 22.11.2001 die Organklage der PDS-Bundestagsfraktion zurückgewiesen und festgestellt, dass die Zustimmung des Bundestages zu dem neuen strategischen Konzept der NATO von der Regierung nicht eingeholt werden musste. Das Gericht stellt in seinem sechsten Leitsatz fest: "Das neue strategische Konzept der NATO von 1999 ist weder ein förmlich noch ein konkludent zustande gekommener Vertrag."

Und in Leitsatz zwei wird formuliert: "Die Fortentwicklung eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Artikels 24 Abs. 2 GG, die keine Vertragsänderung ist, bedarf keiner gesonderten Zustimmung des Bundestages"

Der Bundestag wird also in der Auslegung des NATO-Strategiekonzepts von 1999 "in seinem Recht auf Teilhabe an der auswärtigen Gewalt" nicht verletzt.

So einfach ist das also: die Strategische Neuorientierung der NATO erfolgt also ohne förmlichen oder sonstigen Vertrag, dies führt zur Feststellung, dass diese Neuorientierung kein Vertrag sei, womit die Regierung legitimiert wird, sich ohne den Bundestag im Rahmen der "Fortentwicklung des Systems gegenseitiger Sicherheit" zu bewegen. Das Urteil ergeht allerdings zu einem Zeitpunkt, an dem wir wissen, dass eine Mehrheit im Bundestag für die Zustimmung zu dem Strategiekonzept der neuen NATO kein Problem gewesen wäre - heute zumindest nicht. Erinnerung muss in diesem Zusammenhang aber auch daran, dass das Strategiekonzept der NATO in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit dem Krieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien gesehen werden muss und dieser Krieg schon mit Blick auf dieses neue Strategiekonzept und die darin enthaltenen neuen strategischen Optionen geführt wurde. De facto hat also dieses Konzept, an dem über Jahre gearbeitet wurde, wie ein Vertrag gewirkt. Auf dessen Grundlage hat die Bundesregierung die Bundesrepublik in diesen für Deutschland ersten Krieg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges geführt.

Betrachten wir diese Aspekte im Zusammenhang, so entsteht innenpolitisch, auf der nationalen Ebene, in komplexen Prozessen eine neue Qualität nationaler Politikverhältnisse im Kontext einer geopolitischen Neuorientierung der kapitalistischen Hauptländer nach 1989. Das bestimmende Motiv der neuen Außen- wie Innenpolitik der BRD ist das Erreichen und die Absicherung eines möglichst hohen Ranges im System der kapitalistischen Hauptländer und der von diesen betriebenen Weltordnungspolitik. Die global agierenden deutschen Kapitalfraktionen bekommen nun, was sie brauchen. Ihr Schweigen zur nationalen wie globalen Kriegspolitik ist nicht das Schweigen der Lämmer, es ist das Schweigen der Wölfe.

3. Die globale Ebene

Wesentliche Implikationen der Entwicklungen im globalen Maßstab im Bereich der politischen Durchsetzung und des faktischen Vollzugs der Militarisierungsprozesse und der Kriegspolitik, die auch unmittelbar Folgen für die nationale wie die lokale Ebene haben, werden über die NATO und die geopolitischen Interessenlagen der USA vermittelt.

Nehmen wir zur Kenntnis, dass die NATO nach 1999 konsequent zum zentralen Organ einer vom Westen definierten Weltordnungspolitik weiterentwickelt wurde. Sie wird, jeder demokratischen Kontrolle entzogen, als militärische Schutzmacht des global agierenden Kapitalismus und im Kontext der geostrategischen Interessen der Hauptländer des Kapitalismus entwickelt zu einer informellen, auf militärischer Machtanwendung basierenden Weltregierung. Über das neue Strategiekonzept wird die NATO so zu einer Art militärisch-operativem geschäftsführenden Ausschuss, zu einem Zentralorgan einer vom Westen definierten Weltordnungspolitik. Hierin liegt die

"Fortentwicklungsperspektive", in der Formulierung des Bundesverfassungsgerichts, des Strategiekonzepts von 1999. Und: Die NATO sichert inzwischen das von den USA beanspruchte und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges offensiv praktizierte globale Gewaltmonopol ab. Also eine neue strategische Allianz, für die uneingeschränkte Solidarität der

NATO-Länder eine wesentliche Bedingung ist. Auf diesem Weg wird nun der Anspruch der USA auf ein globales Gewaltmonopol über eine komplexe, immer mehr Länder einbeziehende Bündnisstruktur gewaltförmig abgesichert und legitimiert.

Krieg ist also in einer neuen Qualität zu einem integralen Teil einer von den USA und der NATO definierten Weltinnenpolitik geworden. Das Zusammenspiel der Ebenen des Globalen, Nationalen und Lokalen scheint mit hoher Perfektion geplant und realisiert zu werden - von lokalen Heeresschauen, Abendmärschen, Zapfenstreichen, in Schulen agierenden Verbindungsoffizieren, über strukturelle Veränderung der Militärstandorte bis hin zu den lokal und national agierenden Parteien, Kabinetten, Regierungen, politischen Eliten und Gerichten - und bis hin zu Beschlüssen der UNO und des Weltsicherheitsrates.

Nehmen wir aber auch zur Kenntnis, dass ein auf Krieg als Mittel nationaler wie internationaler Politik setzender Teil der internationalen Staatengemeinde unter Führung der USA und der Hauptländer der NATO keines der Probleme lösen wird, die mit Blick auf humane Zukunftsperspektiven der Weltgesellschaft sowieso nur in einer langen Perspektive, mit ungeheuren Mitteln und einem hohen Engagement von Mensch gelöst werden können: Hunger, Armut, Krankheiten, Analphabetismus, Ökologie- und Energieprobleme, Bevölkerungswachstum. Vor diesen Problemen wird eine auf Krieg setzende Politik, und das heißt ab sofort auch die Politik dieses Landes, scheitern. Der Staat der BRD, der diese Politik sehenden Auges betreibt, ist nun in der Tat zu einem der Schurkenstaaten der Welt geworden, die auf Krieg als Mittel der Politik setzen, denn diese Kriegs- und Militarisierungspolitik wird im Wissen um die oben genannten Probleme betrieben, zu deren Lösung sie nicht nur nicht beiträgt, sondern diese verschärft und neu schafft.

Was lässt sich folgern?

Es gibt keine Alternative zum "Machen der Wege". Doch wie?:

Jeder Widerstand gegen die Kriegs- und Militarisierungspolitik ist zu begreifen als ein Moment von Systemwiderstand und enthält daher immer eine Transformationsperspektive.

Jeder Widerstand ist verwiesen auf ein hohes Niveau an Wissen und Erkenntnissen und auf den Mut zu diesen.

Jeder Widerstand, der immer auch lokaler Widerstand sein muss, ist angewiesen auf eine praktikable, in der Praxis wirksame lokale, nationale wie internationale Vernetzung und damit auf neue Formen von lokaler, nationaler und globaler Öffentlichkeit.

Jeder Widerstand wird zukünftig noch stärker als heute angewiesen sein auf die Überwindung von Gruppen- und Grüppchenegoismen, auf die konkrete, praktische Solidarität konkreter Menschen, auf solidarisches, gemeinsames Handeln und auf konkrete Beiträge, in denen Menschen ihre spezifischen Ausdrucksformen von Widerstand finden können. Nur in dieser Vielfalt kann der Widerstand bunt und radikal werden und Menschen in ihren vielfältigen Fähigkeiten einbeziehen.

In der Summe heißt dies: Keine einfachen Bedingungen. Keine einfachen Perspektiven. Und wenn es so ist, dann ist es gut so.

Und vergessen wir nicht bei dem Versuch, uns selbst nicht zu einem Faktor in der Eskalation der Gewalt nach innen wie nach außen machen zu lassen, uns immer auch einen unverstellten Blick auf den Zynismus der Macht zu erhalten, uns diesen nicht abhandeln zu lassen, beispielhaft vorgeführt von der Außenministerin der Regierung Clinton am 12. Mai 1996 in der US-Fernsehsendung "60 Minuten", als Frau Albright auf die Frage des Moderators, L. Stahl, ob es sich mit Blick auf den Irak und das Embargo gelohnt habe, den Preis in Gestalt des Todes von einer halben Million Kinder zu zahlen, antwortete: "Ich denke, dass dies eine sehr schwere Entscheidung war, aber der Preis, wir denken, der Preis war es wert".

Der Preis war es wert! Ja, es hat sich gelohnt, dass dieser Preis gezahlt wurde, dass wir ihn bewusst für unsere Politik in Kauf genommen haben - 500.000 Kinder getötet.

Der Zynismus der Macht und die Kaltschnäuzigkeit der Macht zeigen sich auch bei Wesley Clark, dem NATO-Oberkommandierenden während des Krieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, der in seinem 2001 erschienenen Buch "Waging Modern Wars", offenlegt, worin er die zu lernenden Lektionen aus dem Krieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sieht.

Ich beschränke mich auf einige wenige Punkte:

Von einem modernen Krieg kann gesprochen werden, wenn die Gegner nicht dominant sind und wenn die Anlässe nicht das unmittelbare Überleben der großen Mächte bedrohen;

zur Diskussion steht das Verhältnis von politischer und militärischer Führung;

der effektive Gebrauch militärischer Gewalt erfordert es, die politische Dynamik hinter sich zu lassen und den 'Prinzipien des Krieges' zu folgen;

die Präzisionsschläge gegen Osama Bin Laden 1998 waren Fehlschläge, weil auch hier nicht konsequent der militärischen Dynamik gefolgt wurde;

die Effizienz des Jugoslawien-Krieges wurde beeinträchtigt, weil der Krieg zu einem Test für die Rolle der NATO im Europa nach 1989 wurde;

es gab in Washington keinen strategischen Konsens, keine vereinheitlichte nationale US- Strategie;

es war in diesem Krieg nicht möglich, die Presse auszuschließen;

die Schlachtfelder der Zukunft werden mehr dem Kosovo als der irakischen Wüste ähneln - mit Wäldern, Vegetation, Dörfern und Städten und mit einer Zivilbevölkerung, der möglichst nichts geschehen soll.

Dies alles und noch mehr ist bei zukünftigen Kriegen der modernen Art zu beachten, wobei nach Clark sich die Zukunft der NATO und ihrer Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts über solche Kriege entscheiden wird. Die USA operieren nach Clark im globalen Maßstab aus einer Position der Stärke ihrer Institutionen, ihrer Werte, ihrer Ökonomie und Uterhaltungsindustrie, allerdings wird amerikanische Führerschaft nötig sein für die Durchsetzung der Interessen der USA, es wird nicht nur auf Rat und die Bereitstellung von Ressourcen, sondern immer auch auf eigene Präsenz ankommen. Dieses Buch liest sich wie eine Ankündigung wohl vorbereiteter zukünftiger Kriege. Da kommt der 11. September gerade recht. Auch darin kennt der Zynismus der Macht offenbar keine Grenzen.

Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit und wünsche der Demonstration einen guten Verlauf.

Was ich deutlich machen wollte, findet heute hier statt: Es gibt eine neue Dialektik, eine neue Verzahnung des Globalen, Nationalen und Lokalen. Eine der Implikationen dieser neuen Qualität der Vermittlung dieser drei Ebenen ist die, den lokalen Widerstand gegen Militarisation und Krieg ernst zu nehmen und auch hier neue Formen der aktiven Kooperation aller, die gegen Krieg und Militarisation sind, zu erproben.

- Zwischenkundgebung vor dem "Friedenssaal" in der Innenstadt -

Der neue Otto-Katalog ist da!

Zur aktuellen Politik der sog. "Inneren Sicherheit"

Redebeitrag von Stefan Proske, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen

Liebe Freundinnen und Freunde,

Nach der Befreiung von Krieg und Faschismus beteiligten sich viele Antifaschistinnen und Antifaschisten am demokratischen Neubeginn. Sie setzten sich für eine Republik ein, von der nie wieder Krieg ausgehen sollte. Die Wehrmacht sollte völlig aufgelöst – Verantwortliche für Massenmord, Verfolgung und Verbrechen bestraft werden. Ziel aller Bemühungen war es, den Faschismus mit all seinen Wurzeln zu zerschlagen.

In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen zu nennen, die Gesellschaft in allen Bereichen zu demokratisieren. Gegenüber dem faschistischen Führerprinzip, der völligen Überwachung und Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Bereiche, stand die Forderung nach umfassenden Mitbestimmungsrechten in Gesellschaft, Politik und in den Betrieben.

Zu dieser Demokratisierung gehörte noch ein weiterer Aspekt, nämlich die Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit. Gegenüber der Willkürherrschaft und Verfolgung durch die Nazis sollte nunmehr eine Gesellschaft errichtet werden, die jedem Einzelnen unveräußerliche Menschenrechte, Rechtssicherheit und Schutz der Persönlichkeit garantieren konnte. Diese antifaschistischen Kernaussagen einschließlich des Asylrechts fanden Einzug in das Grundgesetz und in zahlreiche Länderverfassungen.

Mir ist es hier und heute wichtig, daran zu erinnern. Diese demokratischen Forderungen waren und bleiben Konsequenzen aus der Erfahrung des Faschismus. Nur stehe ich heute hier, über 56 Jahre nach der Befreiung, als ein Mitglied einer Organisation, in der sich viele WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus organisierten. Eine ausführliche Bilanz kann ich nicht ziehen und würde sie mir auch nicht anmaßen, aber diese an den Anfang gestellten Worte spielen für mich eine entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Krieg in Afghanistan und der damit verbundenen Beteiligung der Bundeswehr an dem sog. "Kampf gegen den Terror". Ebenfalls spielen diese eben genannten "Erinnerungen" für mich eine entscheidende Rolle in der Auseinandersetzung um die "Sicherheitspakete eins und zwei".

Den Schwerpunkt meines Beitrages möchte ich auf die Auseinandersetzung zum Thema "Innere Sicherheit" legen und in diesem Zusammenhang betonen, daß die Demontage antifaschistischer Kernaussagen natürlich nicht erst mit den nun diskutierten Sicherheitspaketen beginnt. Als Stichworte seien hier die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, der Eintritt in die NATO, die Notstandsgesetze, die Stationierung von Atomwaffen, Berufsverbote, Verbote von kommunistischen und antifaschistischen Parteien und Organisationen im "Kalten Krieg" und die Abschaffung eines weitgehenden Asylrechts genannt.

Gegen all diese genannten Ereignisse richtete sich demokratischer Protest. In der öffentlichen Wahrnehmung der Folgen des Terroranschlages spielt jedoch die Auseinandersetzung mit rassistischen und totalitären Vorhaben der Bundesregierung nur eine untergeordnete Rolle, und das ist nicht gut! Wir brauchen erneut eine emanzipatorische Bewegung gegen autoritäre und repressive Politik.

Die große Koalition aus Sozialdemokraten, Grünen, Christdemokraten und Liberalen benutzt die Anschläge vom 11. September und die Debatte um eine effektive Abwehr und Bekämpfung von Terrorismus immer mehr dafür, alte Ladehüter wie den Ausbau des Überwachungsstaats und den Abbau von Bürgerrechten, die schon lange vor den 11. September in den Schubladen und im Otto-Katalog lagen bzw. standen, wieder hervorzuholen und jetzt durchzusetzen.

Vor allem die Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge, gegen Migrantinnen und Migranten soll in einem Ausmaß ausgebaut und verschärft werden wie noch nie zuvor. Pluralität und Interkulturalität werden abgebaut; Repression gegen alles, was sich konservativen Normen nicht anpaßt und unterwirft – gegen "Andersdenkende" wird ausgebaut. Der Notstand wird nicht erklärt, er soll zum Normalfall werden.

Zu einigen Vorhaben möchte ich näher eingehen:

Wie wird eigentlich Terrorismus definiert? – Auf der Ebene der Europäischen Union beraten die Innen- und Justizminister derzeit eine Definition von "Terrorismus", bei der die "Einschüchterung der Bevölkerung" durch "widerrechtliche Inbesitznahme oder Beschädigung von öffentlichen Verkehrsmitteln, der Infrastruktur, allgemein zugänglichen Orten und Eigentum" als "Terror" bewertet wird. Aber liebe Freundinnen und Freunde, wo beginnt Terror und wo endet legaler und legitimer Widerstand gegen Unrecht und Unterdrückung?

Wenn ich mir diesen Definitionsentwurf genau betrachte, so komme ich zu dem Ergebnis, daß die Inbesitznahme von Orten vieles bedeuten kann und eine Blockade eines Abschiebetransports schnell als Terror ausgelegt werden kann. Oder was ist "Einschüchterung der Bevölkerung"? – Vielleicht die Aufklärung und der Widerstand von AntifaschistInnen im Faschismus. Sind also die WiderstandskämpferInnen Terroristen?

Mit dem Versuch, eine einheitliche europäische Definition von "Terrorismus" zu schaffen, geht auch eine weitergehende Europäisierung der Überwachung einher. So werden die Kompetenzen von Europol ausgeweitet. Europol unterliegt jedoch keiner öffentlichen Kontrolle und ist somit tendenziell eher als eine nachrichtendienstliche Behörde zu bezeichnen und nicht als eine polizeiliche.

Massive Auswirkungen durch die Sicherheitspakete ergeben sich auch für Migrantinnen und Migranten. Ein erheblicher Teil dessen, was derzeit als Paket zur Bekämpfung des Terrorismus ausgegeben wird, ist jedoch de facto nur eine weitere und bislang nicht gekannte Verschärfung von Sondergesetzen für Menschen ohne deutschen Paß. Mit Maßnahmen wie der Ausweitung der Visapflicht oder der Regelanfrage für Besucher aus bestimmten Regionen bei den Geheimdiensten wird kein Terroranschlag verhindert, aber der Polizei und den Geheimdiensten Repressions- und Überwachungsmöglichkeiten in die Hand gegeben, die letztlich MigrantInnen und Flüchtlinge entrechten und unter Generalverdacht stellen.

Der Bundesgrenzschutz soll beispielsweise die Möglichkeit erhalten, 80 Kilometer hinter der Seegrenze "verdachtslose" Personenkontrollen durchführen zu können. Die Idee, irgendein Terrorist könne illegal mit dem Paddelboot über die Nordsee kommen, ist doch einfach absurd!

In der Konsequenz bedeutet dieses, daß BGS Kontrollen gegen Flüchtlinge und MigrantInnen, bei denen es in der Vergangenheit immer wieder zu rassistischen und brutalen Übergriffen gekommen ist, ausgeweitet werden. Bemerkenswert ist auch, daß nun mit Hilfe der grünen Bundestagsfraktion – die zur Bundestagswahl noch die Abschaffung des Paragraphen 129a gefordert hat – ein Paragraph 129b ins StGB geschrieben werden soll, der auch die Verfolgung von "terroristischen Vereinigungen", die ihren Sitz im Ausland haben, ermöglicht.

Der Mensch aus Kurdistan, der sich für die Emanzipation seines Volkes in der BRD engagiert – wird nun zu einem Sympathisant von terroristischen Bestrebungen, und damit von Ausweisung bedroht – selbst dann, wenn er mittlerweile die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen hat.

Oder der Mensch aus dem Iran, der sich gegen die Politik des dortigen Regimes engagiert und von der iranischen Regierung als Staatsfeind angesehen wird, wird nach dem §129b auch Ziel bundesdeutscher politischer Verfolgung. Mir fällt dazu nur ein, dieses als unerträglich und als einen Skandal zu bezeichnen. Lassen wir uns diese Praxis nicht gefallen!

Schily ist in diesem Zusammenhang erneut als geistiger Brandstifter zu bezeichnen, der die Geister, die er damit hervorruft, noch gut dazu benutzen kann, sich selber als Garant für Rechtsstaatlichkeit hinzustellen. Aber: Die Rechtsstaatlichkeit wird von Schily und Komplizen mit Füßen getreten.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Marschewski propagierte Ende Oktober sogar die "massenhafte präventive Inhaftierung" von Ausländern – CSU-General Goppel forderte zudem, nicht nur potentielle Attentäter zu internieren, sondern gleich das ganze Urfeld. Bei den Nazis hießen diese Methoden "Schutz- und Sippenhaft"!

Ich könnte noch viele Beispiele nennen, die weiter untermauern würden, daß es den PolitikerInnen fast aller Couleur nur darum geht – Kontrolle und Überwachung, Ausgrenzung und Abschottung auszubauen, aber diese Zeit habe ich nicht.

Abschließend nur noch zwei kurze Aspekte. Zum Thema Rasterfahndung: Jede Rasterfahndung ist ein Verstoß gegen das rechtsstaatliche Gebot der Unschuldsvermutung. 1,4 Millionen Menschen werden allein in NRW überprüft – ohne irgendeinen konkreten Tatvorwurf.

Viele Studierendenvertretungen haben sich offensiv gegen diese Methode ausgesprochen – Menschen aufgrund ihrer Herkunft und Religion zu diskriminieren und rassistische Vorurteile zu bedienen. Dieser Protest ist an dieser Stelle deutlich zu unterstützen.

Als letztes noch ein Satz zu den Geheimdiensten, die bekanntlich deutlich aufgestockt werden sollen. Alle Geheimdienste unterliegen nicht dem Legalitätsprinzip. Sie sind kaum bis gar nicht zu kontrollieren. Wären sie das, wären sie nicht geheim. Geheimdienste sind eine Gefahr für jede demokratische Ordnung. Die deutschen Geheimdienste haben in den vergangenen Jahren nicht ein Todesopfer von Neonazis verhindert. Im Gegenteil, sie haben jahrelang den neofaschistischen Hintergrund dieser Taten verheimlicht und bestritten und mit ihren V-Leuten die Neonazi-Szene sogar gefördert. Die CIA hat bekanntlich Bin Laden und die Taliban jahrelang gefördert und aufgebaut. Kein einziger Geheimdienst hat offen vor den Anschlägen am 11. September gewarnt. Warum sollen diese Dienste jetzt ausgebaut werden? Das macht doch überhaupt keinen Sinn!

Grund- und Freiheitsrechte sind Teilhabe und Abwehrrechte der BürgerInnen gegenüber staatlichen Zu- und Übergriffen. Werden Grundrechte grundlegend eingeschränkt, verliert der Rechtsstaat seine Grundfesten und wird zu einem Überwachungsstaat. Aber diesen Weg gehen wir nicht mit!

Liebe Freundinnen und Freunde, Geheimdienste produzieren keine Sicherheit – und darum ist es mir heute so wichtig, meinen Beitrag mit unserer gemeinsamen und alten Forderung zu beenden:

Weg mit allen Geheimdiensten.

Für die sofortige Auflösung von BND, MAD und Verfassungsschutz.

Freiheit stirbt mit **Sicherheit**.

Nie wieder Krieg – ohne uns!

Redebeitrag von Maria Hellenkamp, Aktionsbündnis gegen den Krieg

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, verehrte Anwesende,
seit dem 16.11.2001 befindet sich die Bundesrepublik Deutschland im Krieg. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange. Nie wieder Krieg hieß es in diesem Land 50 Jahre lang. Diese Etappe deutscher Nachkriegspolitik ist unwiederbringlich vorbei, so Bundeskanzler Schröder. Heute lautet der "Wertekanon" der Bundesregierung: Nie wieder Krieg – ohne uns.!

Bundeskanzler Schröder sieht das geeinte und souveräne Deutschland in einer neuen weltweiten Verantwortung. Weltweite Verantwortung definiert er als die Bereitschaft, Krieg zu führen.

Also: Verantwortung haben heißt Krieg führen können und Krieg führen wollen.

So eine Politik lehnen wir von der Friedensbewegung auf's schärfste ab. Denn Krieg als verantwortungsvolles Instrument der Politik zu bezeichnen heißt, den Unwert zum Wert zu stilisieren. Die deutsche Geschichte des letzten Jahrhunderts ist kein Thema mehr. Nunmehr heißt es: Dabei sein ist alles. Ziel deutscher Außenpolitik ist, der Bundesrepublik eine andere machtpolitische Rolle als bislang zu geben. Ziel der Teilnahme an dem Krieg ist die Vergrößerung der wirtschaftlichen Macht und Einflussosphäre Deutschlands.

Wenn Krieg führen ein Zustand von politischer Normalität eines Landes sein soll, dann stelle ich hier die Behauptung auf, dass die 50 Jahre Frieden in diesem Land aus der Perspektive von Bundeskanzler Schröder nur als eine Abstrafung für die deutsche Aggression des Zweiten Weltkrieges gewertet werden können. Jetzt haben wir den Frieden als Strafe abgesehen und zurück zur kriegerischen Normalität. Eine solche Politik ist lebensgefährlich. Eine solche Politik lehnen wir entschieden ab. Auch unser Bundesverfassungsgericht steht Gewähr bei Fuß und leugnet den gravierenden Unterschied zwischen der alten und der neuen NATO-Strategie als bloße Fortentwicklung des Vertrages. Damit entfällt das Abstimmungserfordernis des Bundestages. Diese Haltung wurde sogar von der Presse in der *FR* als juristischer Eiertanz quittiert.

Die Grünen...

Damit die kriegerische Realität und die Teilnahme daran auch für eine machtverliebte Grüne Seele zu ertragen ist, gibt es jetzt die friedensstiftenden Bomben für eine bessere Welt, so frei nach Renate Künast. Das bezeichnen die Chefideologen der Grünen als Verantwortungsethik. Wir von der Friedensbewegung bezeichnen das als Teilnahme an Mord, Totschlag und Barbarei. Reden wir hier mal von der vielbeschworenen Regierungsverantwortung und den Gründen für den *New War*, den sogenannten Anti-Terrorkrieg.

Die Pläne für den Krieg gegen Afghanistan lagen schon 1998, lange vor dem 11. September, im Pentagon in der Schublade. Demnach waren die Terroranschläge des 11. September gar nicht ursächlich für den jetzigen Krieg, sondern willkommener Anlass, endlich loszulegen. Die USA haben noch in diesem Jahr trotz der langen Liste von Menschenrechtsverletzungen das Talibanregime mit 124 Mrd. US-Dollar unterstützt, so die *Washington Post* vom 25.5.2001.

Wozu diese Unterstützung?

Die Taliban wurden finanziert, damit sie bestimmte Aufgaben übernehmen. Diese bestanden erstens darin, den Bürgerkrieg in Afghanistan zu beenden und ein stabiles USA-freundliches Talibanregime einzurichten. Herdurch sollte der Bau einer Öl- und Gaspipeline durch die kalifornische Firma UNOCAL von Turkmenistan über Afghanistan und Pakistan auf den großen indischen Markt sichergestellt werden. Zweitens erhofften sich die USA durch die

Unterstützung der Taliban eine Destabilisierung der benachbarten früheren zentralasiatischen Sowjetrepubliken zum Zweck der indirekten Einflussnahme in dieser rohstoffreichen Region an der Südflanke Russlands, eine Politik der Destabilisierung, wie sie die USA schon immer betrieben haben, zB in Mittel- und Südamerika.

Doch die Taliban haben diese Aufgaben nicht erfüllt, die USA konnten ihre Interessen nicht durchsetzen. Deshalb gibt es jetzt diesen Krieg.

Ziel des Afghanistankrieges der US-Regierung ist die Kontrolle der geostrategischen Lage Afghanistans nahe den riesigen Öl- und Gasreserven der kaspischen Region, die Kontrolle der Ölvorräte und der Bau der ebengenannten Pipeline, so Ahmed Rashid, einer der führenden US-Afghanistanexperten. Hinzu kommt die geografische Nähe zu den riesigen Absatzmärkten China und Indien. Nicht mehr die Abwehr des Kommunismus, sondern die Aufrechterhaltung des Wohlstands mit den immer knapper werdenden Rohstoffen ist für den Westen, also die reichen G8-Staaten, zur Verteidigungsfrage geworden. Darum die große Solidarität mit den Vereinigten Staaten, denn sie alle wollen ein Stück von dem noch zu verteilenden Kuchen abbekommen.

In der Zeitschrift *Truppenpraxis/Wehrausbildung* Nr.2, Jahrgang 1996, ist folgendes zu lesen:

"Das 21. Jahrhundert wird die Ära eines neuen Kolonialismus sein. Regionale politische, militärische und wirtschaftliche Hegemonie tritt an die Stelle von großen Okkupationsstreitkräften, Kolonisation und teuren Verwaltungen. Dem Wettbewerb nicht gewachsene Regionen werden untergehen. Die Kolonien der Zukunft werden vor allem Ressourcen-Lieferanten und Absatzmärkte für die Kolonialmächte sein. Die Regierungen der reichen Staaten werden physische und digitale Sicherheits-Korridore für den Abtransport von Bodenschätzen und den Handel sowie zu Informationszwecken errichten und überwachen."

Aus dieser Strategie heraus erklärt sich auch zB das Interesse der US-Regierung an einem Krieg mit Somalia. Dort verläuft eine der großen Tankerrouten dieser Erde. So erklärt sich auch, dass in den letzten Tagen der Internetzugang von Somalia gekappt wurde. Präsident Bushs *New War* richtet sich gegen ein angeblich über 60 Länder ausgedehntes Netzwerk von Terroristen, "eine Aufgabe, die niemals endet", so seine vielbeachtete Formulierung. Damit ist eine Legitimationspropaganda für die neue Form der Kolonisationskriege geschaffen.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, erteilen wir diesen antizivilisatorischen Prozessen und der dazugehörigen Verantwortungsethik eine klare Absage!

Verantwortung tragen heißt, NEIN zu sagen zu dieser neuen Ära des Kolonialismus!

NEIN zu sagen zu Propaganda und Militarismus!

NEIN zu sagen zu schnellen Eingreiftruppen und Interventionsarmeen!

NEIN zu sagen zu Krieg und zur kriegerischen Normalität hier im Land!

Verantwortung tragen heißt, heraus aus der Zuschauerdemokratie und Aufstehen für eine Politik der ausschließlich friedlichen Konfliktlösung. Diese Politik entfesselter Aggression heutiger Machthaber wollen wir nicht mehr mittragen.

- Abschlußkundgebung (vor dem Lufttransportkommando **geplant!**) -

Soziale Bewegung gegen Krieg, Parteien und Herrschaft!

Vom Fischerchor zum Fischerkorps

Redebeitrag von Bernd Drücke, Koordinationsredakteur der antimilitaristischen Zeitung
graswurzelrevolution

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich fange an mit zwei aufschlussreichen Zitaten.

Arundhati Roy, die bekannteste lebende Autorin Indiens, schrieb am 15. November 2001 folgendes:

"Terrorismus ist das Symptom und nicht die Krankheit. (...) Wir können den Terrorismus nicht bekämpfen, indem wir uns an ihm beteiligen. Auf einen terroristischen Akt mit einem kriegerischen Akt zu antworten, bedeutet in einer seltsamen Weise ihn zu ehren. (...) Ich bin nicht gegen den Krieg in Afghanistan, weil ich vom Wesen her anti-amerikanisch oder für die Taliban bin, sondern weil ich grundsätzlich gegen Gewalt bin."

Einen Tag später, am 16. November, schenken Grüne und SPD im Deutschen Bundestag Kanzler Schröder das Vertrauen und stimmen zugleich dem Kriegseinsatz von 3.900 Soldaten der Bundeswehr zu. Die Grüne Antje Vollmer begründete ihre Zustimmung folgendermaßen: "Mein Ja war eigentlich ein Nein."

Besser kann man diese Verlogenheit kaum ausdrücken. Dass die an die "Vertrauensfrage" gekoppelte Zustimmung zum Kriegseinsatz der Bundeswehr im Bundestag Jubel erzeugte ist schockierend. Es ist bezeichnend dafür, dass dieses Kleben der ParteipolitikerInnen an der Macht den Blick für die Tragweite eines Kriegsbeschlusses vernebelt.

"parteien sind zum schlafen da und zum schrecklichen erwachen"

So beschrieb 1968 die libertäre Berliner Zeitung *agit 883* einen Sachverhalt, an dessen Richtigkeit sich bis heute nichts geändert hat. Die Grünen haben 1998 u.a. mit der programmatischen Erklärung "deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik" pazifistisch und antimilitaristisch denkende Menschen an die Wahlurnen geholt. Aber grüne Friedenspolitik ist Kriegspolitik. Das war 1999 so, als sie den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien (mit-)führten. Das ist jetzt so, wenn sie wie am 25.11.2001 mit rund 80% ihrer Parteitage-Delegierten eine militärische Beteiligung der Bundeswehr am Rachefeldzug des Todesstrafenkönigs George W. Bush zustimmen. Damit die grünen Parteisoldaten ihre Pöstchen behalten können, ist der zum Fischerkorps mutierte Fischerchor bereit über Leichen zu gehen. Und es werden nicht nur afghanische Leichen sein. Denn Bush hat erklärt es werde ein "langer Krieg gegen den Terror". Das nächste Opfer zur Ankurbelung der Kriegswirtschaft wird voraussichtlich der Irak sein, vielleicht auch Somalia, der Sudan oder irgendein anderer "Schurkenstaat". Hauptsächlich die Rüstungsindustrie und die Ölmultis, die George W. Bush schließlich an die Macht gebracht haben, verdienen sich eine goldene Nase und er kann als "Starker Mann" innenpolitisch punkten. Bei diesem Krieg geht es nicht zuletzt um eine hegemoniale Neuaufteilung der öreichen Region. In der ehemaligen Sowjetrepublik Usbekistan sind bereits US-Soldaten stationiert, in weiteren Ländern sollen demnächst US- und andere NATO-SoldatInnen stationiert werden. Und wenn die erst mal da sind, dann bleiben sie und sichern den Einfluss des Westens. Das zeigt das Beispiel des öreichsten Landes der Welt: In Saudi-Arabien sind seit 1990 US-Truppen, die eigentlich nach dem Golfkrieg wieder abziehen sollten, stationiert.

Nicht nur aus Bündnistreue zum großen Bruder USA, sondern auch, weil Deutschland ein Stück vom Kuchen abhaben möchte, sind deutsche "Krisenreaktionskräfte" diesmal mit dabei.

Aber zurück zu den Parteien. Warum regt sich kaum Widerstand gegen die Remilitarisierung und Kriegspolitik? Weil die Menschen den Parteien immer noch glauben? Weil sie 1998 ihr Kreuzchen gemacht haben und sich den erwählten Volksvertretern irgendwie verpflichtet fühlen? Weil sie die ständig wiederholten Fernsehbilder der Terroranschläge vom 11. September vor Augen haben, aber - dank perfekter Kriegsberichterstattung - die Opfer der neuen Kriege nicht

zu Gesicht bekommen? Weil sie sich deshalb nicht betroffen fühlen, wenn Menschen massenhaft getötet werden? Aus Parteidämon? Aus Staatsräson? Aus Resignation? "Weil wir ja doch nix tun können"?

Oh doch, wir können und wir müssen etwas tun, wenn unsere Kinder nicht in einer lebensfeindlichen Welt aufwachsen sollen, in der Krieg, Terror und die "Auge um Auge"-Ideologie Alltag sind.

Auch der Vietnamkrieg war "ein langer Krieg". Er ging für die US-Regierung vor allem an der "Heimatfront" verloren. Einer anfangs kleinen außerparlamentarischen Friedensbewegung in den westlichen Ländern gelang es die Stimmung in der Bevölkerung zu beeinflussen hin zu einer Anti-Kriegs-Mehrheit. Dies steht nun wieder an. Und wir werden einen langen Atem brauchen um den Menschen klar zu machen, dass Krieg Terror ist; dass Krieg keine Lösung sondern die Saat für weiteren Terror ist; dass die unschuldigen Opfer der US-amerikanischen Streubomben in Afghanistan (und demnächst da oder dort) ebenso Menschen sind, wie die unschuldigen Opfer der Terrorangriffe am 11. September in Washington und New York.

Das Recht auf Leben für alle Menschen gelten. Dies muss von uns, einer sozialen Bewegung *von unten*, durch den "Druck der Strasse" durchgesetzt werden. Lasst uns Sand streuen in den Motor der Kriegsmaschine.

Kontakt: Redaktion Graswurzelrevolution, Breul 43, 48143 Münster. Tel.: 0251/48290-57, Fax: -32

E-Mail: redaktion@graswurzel.net, Homepage: www.graswurzel.net

Kongreß: "Trau einer über 30" - 30 Jahre graswurzelrevolution vom 21.-23. Juni 2002 in Münster

Das Lufttransportkommando der Bundeswehr sitzt in Münster!

Redebeitrag von Edo Schmidt, Gruppe B.A.S.T.A.

Liebe Leute,

tja, eigentlich sollte sich hier hinter mir jetzt das Lufttransportkommando der Bundeswehr in der Manfred-von-Richthofen-Straße / Ecke Hohenzollernring befinden, aber aufgrund des schlechten Wetters haben wir die Demoroute etwas verkürzt.

Dennoch: Von *hier* aus werden die sog. "Unterstützungsflüge" der Bundeswehr in die Türkei für die US-Armee koordiniert, die seit dem 7. Oktober einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg u.a. gegen die afghanische Zivilbevölkerung führt. Die Bundesrepublik zierte sich zunächst, richtig dabei zusein, aber das gab sich. Seit dem 23. November 2001 fliegen deutsche Soldaten mal wieder in den Krieg.

Die Beteiligung des Lufttransportkommandos wird dabei überhaupt nicht verheimlicht – im Gegenteil: Diese Stadt, dieses Land ist (schon wieder) soweit, stolz darauf zu sein, aktiv an den neuen globalen Kriegen beteiligt zu sein. Dementsprechend wurden die "Lazarett-Maschinen" der Bundeswehr präsentiert, die – von Münster aus koordiniert – auf dem Bundeswehrflughafen Köln-Wahn (!) bereitstehen. "Ach so, nur Lazarettmaschinen!" wird manch eine und einer sich gedacht haben, als die Bilder in den Medien gezeigt wurden. Humanitärer gehts doch nicht, oder? Doch! Als der Außenminister kürzlich nach Pakistan flog, war ebenfalls Münster mit der Koordinierung dieses Fluges beschäftigt. Der Außenminister ließ sich in der Bundeswehrmaschine im divgrünen Unterhemd filmen und von Journalisten befragen – und "lieferte" so ganz nebenbei noch einen (!) Container mit Decken. Nach Pakistan. Human, unser divgrüner Außenminister, nicht wahr?

Dem Lufttransportkommando unterstehen drei sog. Geschwader, die nach Auskunft der Bundeswehr vorgeblich "Hilfsgüter", jederzeit aber auch Soldaten, in Krisen- und Kriegsgebiete transportieren können. Außerdem wird von hier aus die Flugbereitschaft der Bundeswehr koordiniert. Ja, ja, auch die Scharping-Flüge! Aber der humanitäre

Aspekt, den die Bundeswehr ganz besonders herausstellt, ist nichts als Propaganda. Man merkt das, wenn man genau hinguckt!

Die Funktion dieser Einrichtung ist nicht zu unterschätzen: sie bildet das Scharnier der sog. "Stadt des Westfälischen Friedens" zu den aktuellen Krisenherden und Kriegen in Asien, auf dem Balkan und sonstwo auf der Welt. Und wer in dieser Stadt etwas gegen die neue rotgrüne, kriegerische Außenpolitik hat, sollte vor dieser Einrichtung demonstrieren. Mindestens!

Aber ich will Euch jetzt nicht zu lange im Regen stehen lassen, nach mir kommt der letzte Redner für heute. Ich danke Euch noch einmal für Euer Mitmachen bei dieser Demonstration. Tschüß!

- Kundgebung am 27. Oktober 2001 gegen den Krieg in Afghanistan vor dem Rathaus in Münster, Prinzipalmarkt -

Wenn der "Schutz vor dem Terrorismus" zum Terror wird...

Redebeitrag von Klaus Blödw, Aktionsbündnis gegen den Krieg

1976 schrieb der Autor Sebastian Cobler in seinem Buch zum Staatsschutz *"Die Gefahr geht vom Menschen aus, stellte die Bundesregierung schon 1951 fest."* In diesem Geiste überbieten sich die etablierten Parteien gegenwärtig mit Vorschlägen zum drastischen Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten. Aber selbst der CSU will es nicht gelingen, den sozialdemokratischen Innenminister Schily noch rechts zu überholen. Er plant mehrere hundert Maßnahmen, die allesamt zum »Schutz vor dem Terrorismus« nötig seien. Dabei fällt schon auf, wie schnell ausgefeilte Gesetzesprojekte vorgelegt werden. Das hat auch seinen Grund: Sämtliche Maßnahmen, die Schily jetzt vorschlägt, wurden bereits im Laufe der letzten fünf bis zehn Jahre entwickelt. Sie haben mit dem verabscheuungswürdigen Terroranschlag in den USA überhaupt nichts zu tun. Was Schily als notwendigen »Schutz der Bevölkerung« anpreist, richtet sich in Wahrheit gegen uns alle.

Schon kurz nach den Attentaten lief in Deutschland die so genannte »Rasterfahndung« wieder an. Das bedeutet einen umfangreichen Datenabgleich von Meldeämtern, Ausländerbehörden, Universitäten und zahlreichen weiteren persönlichen Daten. Gesucht wird dabei nach bestimmten Gemeinsamkeiten. Im Visier hat man angeblich die so genannten »Schläfer« - Agenten, die sich jahrelang unauffällig verhalten, um dann loszuschlagen. Gesucht wird nach Ausländern männlichen Geschlechts und mittleren Alters, die möglichst ein technisches Fach studieren. Zehntausende ausländische Studierende werden damit zu Verdächtigen gemacht. Schon werden sie dutzendweise, zum Teil zwischen zwei und drei Uhr nachts, aus den Häusern geholt und zum Teil dann drei Tage polizeilich festgehalten. Völlig zu Recht protestieren wie auch hier in Münster StudentInnenvertretungen und StudentInnen an zahlreichen Hochschulen gegen diese undemokratische und ausländerfeindliche Bespitzelung. Es ist kaum zu erwarten, dass dadurch irgendwelche »Schläfer« erwischt werden. Viel eher scheint es sich um einen schon lange von Innenpolitikern gewünschten Einstieg in eine neue Dimension der Bespitzelung zu handeln.

So werden die Raster immer weiter ausgedehnt: Seit Neuestem werden neben unauffälligen Verhaltensweisen auch besonders auffällige Ausländer mit überprüft. Sie müssen auch nicht mehr unbedingt Studenten sein, können Kinder haben oder Arbeitslos sein und Sozialhilfe beziehen. Mit dieser Ausweitung wird das Raster immer gröber und für den vorgegebenen Zweck noch untauglicher. Dafür werden die erfassten Daten über die Bevölkerung immer umfangreicher. Fehlt nur noch, dass Schily auch noch einen deutschen »Schläfer« entdeckt und die Rasterfahndung dann auf alle 82 Millionen in Deutschland Lebenden ausdehnt.

Schilys »Sicherheitspaket 1« durchläuft bereits die parlamentarischen Gremien. Sein Kernstück ist die Schaffung eines Paragraphen 129b Strafgesetzbuch. Danach ist künftig auch die Unterstützung einer terroristischen Organisation im Ausland strafbar. Die Bedeutung dieser scheinbar unwesentlichen Ergänzung wird deutlich, wenn man sich anschaut, was künftig in der EU unter »Terrorismus« verstanden wird. Auf Initiative und unter Federführung von Bundeskanzler Schröder kam Ende September der Europäische Rat zu einem Sondergipfel gegen den »Terrorismus« zusammen. Die maßgeblichen EU-Gremien einigten sich darauf, dass »Terrorismus« alles sei, was das Ziel habe, »die politische, wirtschaftliche oder soziale Ordnung zu unterlaufen oder gar zu zerstören«. (FAZ vom 20. September 2001) Hier wird nicht von reaktionären Attentaten oder von irgendwelchen Islamisten gesprochen. Diese Anti-Terror-Politik richtet sich in Wahrheit eindeutig gegen fortschrittliche, aktiv-kämpferische und das System ablehnende Kräfte, die sich tatsächlich das Recht nehmen, weiter zu denken, als Schily & Co es ihnen erlauben.

Schilys »Sicherheitspaket 2« wird als geheime Verschlussache behandelt. Bundesinnenministerium und Bundesjustizministerium lehnten es ab, das 114-Seiten-Papier Zeitungsredaktionen zur Verfügung zu stellen. Eisher sicherten aber folgende Kernpunkte durch:

Erweiterung der in den Personalausweisen gespeicherten persönlichen Daten: Auf jeden Fall soll der Fingerabdruck aufgenommen werden. Weiter gehende Vorschläge sind die Aufnahme biometrischer Daten zur Gesichts- oder Augenerkennung, dreidimensionale Fotos des Inhabers oder auch Ergebnisse von Gen-Tests. Der Ausweis soll so angelegt werden, dass selbst der Inhaber die Daten nicht entschlüsseln kann.

Befugnis des Bundeskriminalamtes (BKA) zu »Präventivermittlungen«: Das Bundeskriminalamt soll künftig ohne jeden konkreten Verdacht gegen alles und jeden ermitteln können. Grundsätzlich ist jeder in Deutschland ein potentieller Staatsfeind.

Zugriff des Verfassungsschutzes auf Daten der Banken und Telekommunikationsfirmen ohne richterlichen Beschluss: Eisher darf auf solche Daten offiziell nur von der Polizei, und das auch nur nach einem richterlichen Beschluss, zugegriffen werden. Jetzt soll der Verfassungsschutz das Recht erhalten, von allen Banken sämtliche Informationen über Kontobewegungen zu erhalten; darüber hinaus von den Telekommunikationsanbietern sämtliche Bewegungen im Internet, in den Telefon- und Handy-Netzen. Auf diese Daten hätten im Rahmen der »Verbunddateien« sämtliche Sicherheitsbehörden Zugriff.

Austausch von Daten zwischen Geheimdiensten und BKA: Zwischen allen Geheimdiensten in Deutschland sowie dem BKA soll ein Datenaustausch über eine so genannte »Verbund-Datei« eingeführt werden. Damit würde die Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst - eine wichtige Schlussfolgerung aus den Erfahrungen mit dem Hitlerfaschismus -, letztlich vollständig aufgehoben.

Ausweitung der räumlichen Befugnisse des Bundesgrenzschutzes (BGS): Die Beschränkung des BGS bei »verdachtsunabhängigen Personenkontrollen« auf Flughäfen, Züge und einen Streifen von 30 Kilometern an den Grenzen soll wegfallen oder der Rahmen zumindest deutlich ausgeweitet werden. Der BGS wird damit zur flächendeckend aktiven, hochgerüsteten »Bundespolizei«.

Umfassende Verfassungsschutzüberprüfung für alle, die in Einrichtungen arbeiten, »die der Versorgung der Bevölkerung dienen oder für das Funktionieren des Gemeinwesens notwendig sind«. Zehntausende von Angestellten und Arbeitern sollen in den Krankenhäusern, in den Zeitungs-

und Zeitschriftenverlagen, in den Kraftwerken, Energieunternehmen, bei der Telekom, der Bahn, den Banken, in pharmazeutischen und chemischen Betrieben usw. zur Generalüberwachung durch den Verfassungsschutz freigegeben werden.

Wiedereinführung einer - erweiterten - Kronzeugenregelung: Anders als die früher geltende und ausgelaufene Regelung soll die neue Kronzeugenregelung nicht auf den Terrorismus-Bereich beschränkt sein, sondern für alle Straftaten gelten. Der Kronzeuge soll dort, wo lebenslange Strafe vorgesehen ist, mit fünf Jahren Freiheitsstrafe davonkommen, in allen übrigen Fällen können die Gerichte die Strafe im eigenen Ermessen mildern.

Vorziehen der im Gesetzentwurf zur Neuregelung des Ausländerrechts enthaltenen Verschärfungen des Asyl- und Ausländerrechts: Das berührt vor allem erweiterte Abschiebenmöglichkeiten für »extremistische Ausländer«. Künftig kann auch in Länder abgeschoben werden, in denen den Betroffenen die Todesstrafe droht. Abgeschoben werden sollen auch solche Personen, bei denen der bloße Verdacht besteht, dass sie im Ausland bestimmte Straftaten begangen haben. Das betrifft auch anerkannte Flüchtlinge. Weiter sind Verschärfungen bei der Visum-Erteilung, die umfassende Nutzung der Eurodac-Fingerabdrucksammlung und erweiterte Zugriffsmöglichkeiten der Sicherheitsbehörden auf das Ausländerzentralregister geplant.

Wir protestieren entschieden gegen diese Faschisierung und dem Abbau demokratischer Rechte. Wir hoffen, dass sich viele Menschen diesem Protest anschließen und selber einen aktiven Widerstand dagegen organisieren.

Der Datenschutzbeauftragte des Bundes, Jakob, meint, dass Schilys Vorschläge teilweise mit der »Bekämpfung des internationalen Terrorismus nichts zu tun« hätten.

Tatsächlich weist keine einzige Maßnahme dieses Pakets einen speziellen Bezug gegen reaktionären und faschistischen Terror auf.

Es ist auch nichts davon geeignet, reaktionären oder faschistischen Terror wirksam zu bekämpfen. Offensichtlich kommt es Schily & Co. aber auch darauf nicht an! So haben wir nicht vergessen, wie mit massiver Unterstützung der Biedermänner in der damaligen Regierung der 80er und 90er Jahre neofaschistische Untritte ausländische Familien mit Überfällen, Brandanschlägen und Mord terrorisierten. Die allermeisten von ihnen sind heute noch auf freiem Fuß. Schlimmer noch, ihre geistigen Väter, wie beispielsweise die NPD, können nach wie vor ihr faschistisches und terrorisierendes Gedankengut verbreiten. Schily hat den Verbotsantrag gegen die NPD auf den St.-Nimmerleinstag verschoben. Mit dieser Art von Terroristen hat Schily eben kein grundlegendes Problem. Auch gibt es bis heute keine deutlichen Proteste seitens der Bundesregierung gegen die terroristischen Übergriffe in Genua: Keine einzige Forderung seitens der Berliner Regierung gegen die menschenunwürdigen und willkürlichen Inhaftierungen durch den italienischen Staat und gegen die Berlusconi-Regierung.

Auch das zweite Anti-Terror-Paket enthält in Wirklichkeit nichts Neues. Stattdessen folgt es einem alten Wunschzettel der Konzerne und ihrer Regierungen zur Vorbereitung auf härtere soziale Auseinandersetzungen. Seit dem Beschluss des NATO-Rats ist Deutschland aktive Kriegspartei im Krieg gegen Afghanistan. Damit wurde der erste Teil der Notstandsgesetze aktiviert. Schon ihre Einführung 1968 war ein diktatorischer Akt der damaligen Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD gegen eine breite demokratische Bewegung. Seitdem wurden die Notstandsgesetze immer weiter verschärft. Jetzt wird eine umfassende Pressezensur durchgeführt. Kritiker am US-Krieg gegen Afghanistan werden zum Teil aus den Betrieben geworfen, wie z.B. in Gelsenkirchen. Dort hat man einem jungen Bergmann eine politische Kündigung ausgesprochen, weil er sich auf einer Betriebsversammlung öffentlich gegen den Angriffskrieg der US-Regierung gegen Afghanistan ausgesprochen hat. Bei einer weiteren Zuspitzung der

Lage kann der Bundestag jederzeit den »Spannungsfall« beschließen mit noch weiter gehenden Einschränkungen. Verstärkt diskutiert wird auch der Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Die CDU-Möchte-gern-Kanzlerkandidatin Merkel versucht sich als Scharfmacherin zu profilieren und fordert eine Grundgesetzänderung zum künftigen Einsatz der Bundeswehr im Innern. Schily verwies dabei ausdrücklich auf die Artikel 87a und 91 des Grundgesetzes. Danach kann die Bundesregierung »zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Bundes« die Bundeswehr »bei der Bekämpfung von organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen«. Dieser Paragraph ist ausdrücklich auf revolutionäre Situationen gemünzt. Wir meinen, dass es unbedingt notwendig ist, energisch gegen den Abbau der demokratischen Rechte und Freiheit und gegen die Faschisierung des Staates selber aktiv zu werden.

Wir wollen heute mit Ihnen die Frage diskutieren:

Sind in Wahrheit die so genannten "Anti-Terrorgesetze" nicht Terrorgesetze gegen uns alle?

Sollten Sie Interesse an aktiver Friedensarbeit haben, dann wären Sie beim "Aktionsbündnis gegen den Krieg" sehr gut aufgehoben. Wir treffen uns jeden Mittwoch um 20 Uhr in der ESG im Clubraum 1, Breul 43.

”Demokratische Propaganda”

Wie in westlichen Demokratien Kriege vorbereitet werden...

Nach einem Vortrag von Edo Schmidt im Rahmen der ”Veranstaltungsreihe für den Frieden” im Herbst 2001

”Die Länder der Welt, die am meisten Waffen verkaufen, sind gleichzeitig diejenigen, die über den Weltfrieden bestimmen. Zu ihrem Glück nimmt die Bedrohung durch den Frieden ab, schon verziehen sich die dunklen Wolken, während der Markt des Krieges sich erholt und vielversprechende Perspektiven gewinnbringender Schlächtereien bietet. Die Waffenfabriken sind so gut ausgelastet wie die Fabriken, die die notwendigen Feinde herstellen.”

Eduardo Galeano (Die FüÙe nach oben. Zustand und Zukunft einer verkehrten Welt. Wuppertal 2000: 127)

I. Demokratie?

Die bevorstehenden Bundestagswahlen werden wieder einmal deutlich vor Augen führen, daß die bundesrepublikanische Demokratie – wie andere auch – lediglich die Wahl zwischen dem einen oder dem anderen Teil der Elite dieses Landes gestattet.¹ Diese Beobachtung trifft sich mit der Beschreibung von Demokratie, wie sie der US-Journalist Walter Lippmann bereits vor vielen Jahren formulierte: nämlich als ”Zuschauerdemokratie”. Er nennt die Verantwortlichen eines Staates (Legislative, Executive, Verwaltung, ökonomisch Mächtige...) ”Elite(n)”, die als exclusive Vertreter öffentlicher Interessen auftreten. Der Rest der Bevölkerung fungiert als ”Zuschauer” und ist von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, gleich einer ”wilden Herde”, die ”gezähmt” und kontrolliert werden muß.² Herfür ist nach Lippmann, der aus seinem reichen Erfahrungsschatz als Mitglied der ”creel-commission”, einem US-amerikanischen ”Regierungsausschuß für Propaganda”³, schöpfen konnte, eine ”Konsensproduktion” nötig. Diese muß ständig neu initiiert und den aktuellen ”Anforderungen” angepaßt werden und spielt sich überwiegend in den Medien, in Schulen sowie in allen anderen mit Kultur befaßten Institutionen, also auch an Universitäten ab. Daher kommen als Trägerinnen und Träger dieser Eliten, so Harold Lasswell, US-amerikanischer Politikwissenschaftler und einer der Begründer der Kommunikationsforschung, nur Intellektuelle infrage, denn nur sie hätten die Möglichkeiten und Fähigkeiten, entsprechend mit der ”wilden Herde” zu verfahren: Nur sie könnten also die ”Konsensproduktion” übernehmen, nachdem sie das ”öffentliche Interesse” definiert haben, das sich der ”wilden Herde” dadurch entzieht, daß es sich ihr zunächst als ”nicht entschlüsselbar” darstellt. Denn nur die Intellektuellen verfügen nach Lasswell über die nötige ”Rationalität”, um Anwältinnen und Anwälte des öffentlichen Interesses sein zu können, während ”die Emotionen” und ”der Glaube” die ”wilde Herde” blind für das öffentliche Interesse mache. Diese theoretische Betrachtung der Verhältnisse in einer angeblich partizipativen Demokratie hat der US-amerikanische Gesellschaftskritiker und Linguistikprofessor Noam Chomsky in seiner Untersuchung über die Propaganda im Zuge des Golfkriegs 1991 auf den Punkt gebracht.⁴ Chomsky sieht den zentralen Unterschied zwischen einer Diktatur und einer Demokratie darin, daß im Vergleich zu einer Diktatur, die zur Kontrolle Gewalt anwendet, die Demokratie dagegen stärker auf das Verbreiten von ”staatlicher Propaganda” angewiesen ist, umso die ”wilde Herde” lenken zu können.⁵ Doch was bedeutet der Begriff der ”Propaganda” eigentlich?

¹ Noch viel deutlicher wird dies angesichts eines möglichen Wechsels des Koalitionspartners der SPD in der Bundesregierung: ob nun DIE GRÜNEN oder die FDP die künftigen Militäreinsätze (mit-) beschließen: Das Ergebnis macht für die Opfer dieser ”Politik” keinen Unterschied...

² Vgl. Chomsky, Noam Desinformation und der Golfkrieg. In: ders.: Die Neue Weltordnung und der Golfkrieg. Grafenau 1992: 100.

³ Chomsky 1992: 100.

⁴ Vgl. Chomsky 1992: 100ff.

II. Propaganda?

Nach Friedrich Kluges (Hg.) Etymologischem Wörterbuch (Berlin und New York 1989) bedeutet "Propaganda" die "gezielte Verbreitung von Meinungen, um andere in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen". Der Begriff taucht im 19. Jahrhundert zum ersten Mal in dieser Bedeutung auf, also zeitgleich zur allmählichen Ablösung der feudalen Herrschaftsstrukturen in Europa durch moderne, demokratisch verfasste Nationalstaaten.

In dieser Zeit findet allgemein ein fundamentaler Wandel von Öffentlichkeit statt, denn in den europäischen und nordamerikanischen Staaten entstehen flächendeckend Presseorgane, die das erledigen, was vorher der Marktplatz oder andere öffentliche Orte leisteten: den Austausch sowie die Verbreitung von Informationen, Nachrichten, amtlichen Bekanntmachungen und Meinungen.

In seiner Untersuchung über die Kriegspropaganda, die die Menschen in den USA auf den Golfkrieg vorbereiten sollte, kann der libertäre Kriegsgegner Noam Chomsky auf ein frühes Beispiel kriegstreiberischer Propaganda in der US-amerikanischen Geschichte zurückgreifen: 1916 sah sich Woodrow Wilson dem Problem gegenüber, obwohl gerade erst mit dem pazifistischen Wahlslogan "Frieden ohne Sieg" zum Präsidenten gewählt, aus "nationalem Interesse" die Bevölkerung der USA auf den Eintritt in den Ersten Weltkrieg "einstimmen" zu müssen. Es wurde eigens ein "Regierungsausschuß für Propaganda", die nach ihrem Vorsitzenden benannte "Creel-Commission", konstituiert, welche es mit Unterstützung von Presse und Wirtschaft schaffte, die friedliebende Bevölkerung der USA innerhalb von sechs Monaten auf Kriegskurs zu bringen. Um diesen Haß und ein gewisses Überlegenheitsgefühl erzeugen zu können, wurden neben der Einschränkung zahlreicher Rechte, wie das der Meinungs- und der Pressefreiheit, den Menschen in den USA z.B. Deutschen-feindliche Lügen aufgetischt. So erfand u.a. das britische "Ministerium für Propaganda" barbarische Greuelthaten, die den "Hunnen", wie man die Deutschen nannte, "angehängt" wurden.

Geheime Aufzeichnungen belegen, daß hinter den Aktivitäten dieses Ministeriums der Wille steckte, "die Gedanken auf der ganzen Welt zu kontrollieren". Noch spezieller, sie wollten die Gedanken der intelligenteren Teile der Gemeinschaft in den USA kontrollieren, damit diese die Propaganda verbreiteten, sich zusammenschlossen und eine pazifistische Bevölkerung in eine kriegslüsterne verwandelten. Das funktionierte. Das funktionierte sogar sehr gut. Und daraus zog man die Lehre, daß staatliche Propaganda, wenn sie von den gebildeten Schichten unterstützt und wenn keinerlei abweichende Meinung erlaubt wird, eine große Wirkung haben kann." (Chomsky 1992: 102)

Nach dem Ersten Weltkrieg verlegte sich die "Creel Commission" darauf, die Mär von der "Roten Gefahr" zu installieren, umso die öffentliche Meinung in den USA kontrollieren zu können. Angesichts dieser "Gefahr" und ihrer "notwendigen Bekämpfung" waren die US-Bürgerinnen und -bürger im großen und ganzen bereit, auf einige Grundrechte zu verzichten. Hinter diesem Coup der Kommission stand das Interesse der herrschenden Eliten, die erstarkende Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen und einzudämmen.

Inzwischen ist nach Chomsky in den USA eine regelrechte "Public Relations-Industrie" herangewachsen, die bei ihrem Bemühen um *Konsens* bzw. um Kontrolle der öffentlichen Meinung jährlich ca. 1 Mrd. US\$ umsetzt.⁶

Die fünf zentralen Elemente "staatlicher Propaganda"

Chomsky beschreibt in der o.g. Untersuchung die folgenden zentralen Elemente "staatlicher Propaganda":

1. die *Definition* und *Auswahl des öffentlichen Interesses* geschieht durch die Elite(n),
2. alsdann findet mit Unterstützung der Medien und der Wirtschaft sowie in kulturellen Institutionen eine Art *Konsensproduktion* statt,
3. zudem werden passende *Angst- und Feindbilder* produziert,

⁵ Vgl. Achbar, Mark (Hg.): Noam Chomsky – Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung. Medien, Demokratie und die Fabrikation von Konsens. Grafenau und München 1996: 18.

⁶ Vgl. Chomsky 1992: 105. Interessant wäre es, zu untersuchen, ob in der Bundesrepublik eine vergleichbare Entwicklung stattfindet.

4. bestimmte *Meinungen* werden in der "Berichterstattung" *ausgelassen*,
5. außerdem geschieht die Bewertung von Ereignissen sowie das staatliche Handeln überhaupt unter dem Eindruck einer "*selektiven Wahrnehmung*".⁷

Her stellt sich die Frage, ob das Bemühen um "Kontrolle der wilden Herde" durch die Elite(n) in den westlichen Demokratien immer so reibungslos klappt. Laut Chomsky gelingt es nie ganz vollständig, die öffentliche Meinung zu lenken, aber es gehe schließlich auch um mehr als nur darum, im Kriegsfall "Desinformation" zu betreiben: es gehe im Gegensatz zu einer "freien Gesellschaft" in der westlichen Demokratie um eine Art "selbstregulierten Totalitarismus"⁸, in der die "wilde Herde" gleichsam manipuliert werden und von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen bleiben *will*.

An anderer Stelle berichtet er, wie in den Medien bzw. in der Öffentlichkeit eine Art Selbstbeschränkung in der Berichterstattung und bei der Meinungsäußerung stattfindet, was er als "vorsätzliche Unkenntnis" bezeichnet.⁹ Er stützt sich dabei auf Begriffe von George Orwell, die dieser in der ursprünglichen Einleitung¹⁰ zu seiner Parabel "Animal Farm" gebrauchte. Dort beschäftigt er sich mit den Formen, "in denen auch in freien Gesellschaften 'unpopuläre Ideen zum Schweigen gebracht und unbequeme Tatsachen unter den Teppich gekehrt werden können, ohne dass dafür ein offizielles Verbot notwendig wäre'. Diese 'üble' Form der 'literarischen Zensur' erfolgt, wie Orwell beobachtete, 'weitgehend freiwillig'. Sie ist zum Teil Resultat einer guten Erziehung und Bildung, die für die 'stillschweigende allgemeine Übereinkunft' sorgt, dass es 'unpassend wäre, diese spezielle Tatsache zu erwähnen.'" (Chomsky 2000: 13)

Nach der Vorstellung dieses "theoretischen Rüstzeugs" werden nun zwei aktuelle Beispiele untersucht, an denen nachgewiesen werden kann, daß zumindest in der Bundesrepublik Deutschland der Demokratietyp der "Zuschauerdemokratie" vorherrscht, in der mit Hilfe "demokratischer Propaganda" verbrecherische Kriege vorbereitet wurden. Das erste Beispiel ist der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien aus dem Jahr 1999, das zweite Beispiel ist die "demokratische Propaganda" in den USA und Europa in der Folge des 11. September 2001 für einen "Selbstverteidigungskrieg" der USA bzw. der NATO, die mit Hilfe einer sog. "Anti-Terror-Allianz" gegen Afghanistan "ins Feld zogen", um das Taliban-Regime abzusetzen und Osama Bin Laden zu ermorden.¹¹

III. Die "demokratische Propaganda" in der Bundesrepublik Deutschland

vor und während des NATO-Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien

Sicherlich erinnert sich heute, da die NATO wieder einmal Krieg führt, noch jede und jeder an den Angriffskrieg des "Bündnisses kollektiver Sicherheit" gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, von dem US-Regierungsbearbeiter des Außenministeriums sagten, daß der "Kosovo nur der Auftakt" war "für zukünftige Kriege der NATO, die noch viel entfernter sein" würden. "Man wollte zeigen, daß die NATO überhaupt noch einen Zweck hat. Und dieser Zweck ist etwas ganz anderes als die defensive Aufgabe, für die die NATO gegründet worden war."¹²

Diese Aussage paßt in das Bild, das bereits 1993 der damalige US-Präsident William Clinton über die Grundzüge der künftigen US-amerikanischen Außenpolitik zeichnete: "Mit den Vereinten Nationen wenn möglich, ohne sie, wenn

⁷ Vgl. Chomsky 1992: 105ff.

⁸ Chomsky 1992: 122.

⁹ Chomsky, Norman: Der Neue Militärische Humanismus. Lektionen aus dem Kosovo. Zürich 2000: 13.

¹⁰ Vgl. Chomsky 2000: 13. Dieses Vorwort blieb zunächst unveröffentlicht. Es dauerte 30 Jahre, bis es mit entsprechendem Medienecho wieder auftauchte, um danach erneut von der Bildfläche zu verschwinden.

¹¹ Nach einer Meldung vom 21. Oktober 2001 der Online-Redaktion der Zeitung *Die Welt* hat George Bush dem US-Geheimdienst CIA den Auftrag gegeben, Osama Bin Laden in Afghanistan zu ermorden.

¹² Wayne Merry, politischer Berater der US-Regierung. (Zit. nach Angerer, Jo und Matthias Werth: Es begann mit einer Lüge. Film-Dokumentation ausgestrahlt am 8. Februar 2001a in der ARD)

nötig! Die NATO soll die Entscheidungskriterien für die UN festlegen, und nicht umgekehrt.“ (Zit. nach: Angerer/Werth 2001a)

Jedoch bestand auch vor dem völkerrechts- und grundgesetzwidrigen Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien in der Bundesrepublik Deutschland die Notwendigkeit, die über viele Jahrzehnte hinweg "kriegsentsöhnte" Bevölkerung auf diesen Krieg erst noch "einzuschwören". Dies geschah nicht nur durch die zuvor beschriebene Form der "literarischen Zensur", sondern durch geschickte Desinformation über willfährige Medien zur Manipulation der "öffentlichen Meinung".

In der Berichterstattung vor, während und nach dem Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien lassen sich diese Elemente eindeutig nachweisen:

1. Öffentliche Meinung und öffentliches Interesse

Der damalige NATO-Sprecher höchstpersönlich, der Brite James Shea, bescheinigte der Bundesregierung ungeheures Geschick bei der Manipulation der "öffentlichen Meinung":

"Die politischen Führer spielten die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung. Sie sind die demokratisch gewählten Vertreter. Sie wußten, welche Nachricht jeweils für die öffentliche Meinung in ihrem Land wichtig war.

Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterherrennen, sondern diese zu formen verstehen."¹³

Das *öffentliche Interesse* wurde in der Bundesrepublik Deutschland auf jene Forderung verengt, daß "Stabilität und Frieden in Europa" – und damit auch in Jugoslawien – notfalls mit Gewalt hergestellt werden müsse. Die NATO sei hinreichend legitimiert, um die Serben unter Mlosevic daran zu hindern, die angeblich "unmittelbar bevorstehende" (Scharping) Vertreibung der albanischen Bevölkerung aus dem Kosovo tatsächlich durchzuführen. "Die Deutschen dürfen dabei nicht abseits stehen" (Schröder), hieß es, und es wurde ein "Schlußstrich" unter die deutsche Vergangenheitsbewältigung nach 1945 gezogen, denn es sollte nach dem langen, steinigen "Sonderweg" der Deutschen endlich "Normalität" in die deutsche (Außen-) Politik einkehren. Der "gewachsenen Verantwortung Deutschlands in der Welt" müsse endlich Rechnung getragen werden, so führende Politiker aus der Regierungskoalition, deren Außenpolitik laut Koalitionsvertrag sich eigentlich auf "Friedenspolitik" hätte beschränken müssen.

2. Die Konsensproduktion

Um die notwendige *Konsensproduktion* zu bewerkstelligen, wurden rhetorisch "schwerste Geschütze" aufgeföhren. Man kämpfte ja auch gegen eine gezähmte "wilde Herde", die seit fast 60 Jahren keinen Krieg mehr aktiv begonnen hatte. Da mußte schon die unsägliche Relativierung von "Auschwitz" her, um das "Ne wieder Krieg!" zu tilgen. Wir erinnern uns an den Außenminister, der mit dem Bombardement von ganz Jugoslawien meinte, ein "neues Auschwitz" verhindern zu müssen. Einige Intellektuelle und Journalisten sekundierten sogar mit Vergleichen von Mlosevic mit Hitler, und der Verteidigungsminister sprach von einem "Konzentrationslager im Norden des Kosovo", das die Serben eingerichtet hätten. Außerdem so Scharping am 28. März 1999 vor Journalisten, würden die Serben Häuser anzünden, in denen "Nicht-Serben" lebten. All' diese Fälle erwiesen sich als reine Phantasieprodukte, die allerdings von großem Nutzen für das "Formen der öffentlichen Meinung" waren.

Es gab noch sehr viele Fälle von *Desinformation* und *Manipulation*, wie z.B. das zumindest unklare Geschehen in Racak¹⁴ – das für den Außenminister immerhin "kriegsauslösende" Ereignis, von dem immer nur die

¹³ Vgl. Angerer/Werth 2001a.

¹⁴ Vgl. die im Polit-Magazin "Monitor" am 8. Februar 2001b in der ARD ausgestrahlte Dokumentation von Jo Angerer und Matthias Werth. War es ein Massaker, wie der CIA-Mann und Leiter der OSZE-Aufklärungskommission für Kriegsverbrechen, William Walker, behauptete, oder handelte es sich um eine "normale" Gefechtssituation zwischen Bürgerkriegsparteien, wie der zunächst zurückgehaltene medizinische Untersuchungsbericht der Finnin Dr. Helena Ranta und ihres Teams ergab?

"Massaker-These" verbreitet wurde. Aber auch das Phantasieprodukt aus dem Verteidigungsministerium der "Operationsplan Hufeisen", hatte es in sich, wie Scharping süffisant vor Journalisten eröffnete. Demnach waren angeblich "die Serben" dabei, die anderen Ethnien "planmäßig" aus dem Kosovo zu vertreiben. Um dies zu untermauern, gab es fingierte Statistiken über die Anzahl der Flüchtlinge und über den Zeitpunkt ihrer Vertreibung.¹⁵ Bei der Berichterstattung über die Schäden, die das NATO-Dauerbombardement anrichteten, gab es gefälschte Darstellungen über die Zerstörung serbischer Fernseh- und Rundfunkanstalten wiewohl überhaupt über zivile Ziele, die vielfach vorsätzlich getroffen wurden. Und es gab mindestens eine erwiesenermaßen manipulierte Videodarstellung, die in drei- bis vierfacher Geschwindigkeit abgespielt wurde, um zu vertuschen, daß ein Zug mit Zivilisten auf einer Brücke *vermeidbar* getroffen wurde.

3. Die Produktion von Angst- und Feindbildern

Im Vorfeld dieses Krieges, übrigens zu Beginn verharmlosend als "Kampagne" oder "Luftschläge der NATO" bezeichnet,¹⁶ wurde ein klares Feindbild benannt und übrigens aus dem Bosnienkrieg übernommen: wahlweise das des "irren Serben" oder des "Diktators Mlosevic", des "Schlächters" usw. Es wurden entsprechende Bilder von meuchelnden Serben ausgemalt: "Die Rohheit des Feindes. Scharping berichtet, er habe von Flüchtlingen gehört, daß 'die Serben mit abgeschlagenen Köpfen Fußball' spielten; 'einer schwangeren Frau sei der Fötus herausgeschnitten, gegrillt und wieder in den Leib gelegt worden! Die Täter trügen meist schwarze Masken' [Bild-Zeitung]."¹⁷ Von Scharping stammten die meisten Horrorgeschichten über "den Feind". Er war Hauptakteur, wenn es darum ging, "die Serben" zu entmenschlichen. Eine seiner nachgewiesenen Lügengeschichten lautete, daß die Serben durch kosovarische Dörfer streiften und Häuser anzündeten, die erkennbar von Nicht-Serben bewohnt wurden, (da kein "S" auf ihre Tür aufgemalt war).¹⁸ Der Mann, der kurz zuvor noch gut genug war, in Dayton/USA einen rechtsverbindlichen Vertrag über das Ende des Bosnienkrieges zu unterschreiben, und mit dem die NATO in Rambouillet und Paris verhandelte, wurde innerhalb kürzester Zeit zum starsinnigsten "Schurken" unter der Sonne gemacht.

4. Das Auslassen bestimmter Meinungen in der Berichterstattung

Positionen von Kriegsgegnern und -gegnerinnen wurden kaum publiziert, die serbische Opposition wurde auf den Teil reduziert, der leise für die NATO-Luftangriffe plädierte. Pazifistische *Meinungen*, die eine Dialoglösung forderten und das erpresserische Vorgehen der NATO bei den Rambouillet-Verhandlungen kritisierten, wurden so gut wie vollständig *ausgelassen*, weshalb bei alternativen Medien im Internet oder in Antikriegszeitungen das Interesse an serbischen Oppositionsgruppen wuchs, die vor dem NATO-Krieg warnten, da dieser ihre Arbeit verunmöglichen würde (so z.B. die "Frauen in Schwarz" oder die überwiegend studentische Bewegung "Otpor").

5. Über die selektive Wahrnehmung des Westens: Warum dieser Krieg?

In den letzten Monaten vor Beginn des Angriffskrieges, der sich völkerrechtlich und grundgesetzlich verbot,¹⁹ aber aufgrund des Aufbaus angeblicher "Fakten" (Racak, Flüchtlingszahlen...) als "alternativlos" bezeichnet wurde,

¹⁵ Vgl. Angerer/Werth 2001a.

¹⁶ Der Bundeskanzler, vor einer Regalwand mit Buchattrappen sitzend, erklärte den Fernsehdeutschen am Abend des 23. März 1999: "Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen." Für den belesenen Bundeskanzler sind die etwa 500 Bomberflüge pro Nacht auf Jugoslawien *noch* kein Krieg!

¹⁷ Alle Zitate aus: Seeflén, Georg: Kriegsnovelle. oder Wie eine Erzählgemeinschaft für einen moralischen Krieg erzeugt wird. In: Jungle World Nr.21 vom 19. Mai 1999: 15ff.

¹⁸ Vgl. Angerer/Werth 2001a.

¹⁹ Im internationalen Völkerrecht ist ein "Angriffskrieg" ausdrücklich verboten. Im Grundgesetz finden sich u.a. folgende Stellen, nach denen er ebenfalls verboten ist:

Artikel 26 Abs. 1 GG lautet: "Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig."

kamen im Kosovo-Konflikt zwischen den serbischen Polizei- und Militäreinheiten und der "Kosovo-Befreiungsarmee" UCK ca. 65 Menschen ums Leben. In anderen Teilen der Welt, z.B. in Kolumbien oder im NATO-Staat Türkei, kamen im gleichen Zeitraum sehr viel mehr Menschen ums Leben. Hier sollen nicht makaber Leichenberge gegeneinander aufgerechnet werden, aber es ist unumstritten, daß die NATO es unterließ, angesichts vergleichbarer kriegerischer Auseinandersetzungen in anderen Ländern über ein Eingreifen nachzudenken. Denn die Ereignisse im Kosovo wurden mit *besonderem* Interesse verfolgt.

Die NATO behauptete, daß im Kosovo eine "humanitäre Katastrophe" stattfand bzw. "unmittelbar bevorstand". Jedoch belegen Berichte von Augenzeugen aus den Reihen der OSZE-Beobachtermission sowie aus militärischen Kreisen, daß es in den Monaten vor Kriegsbeginn im Kosovo vergleichsweise "ruhig" war.²⁰

Es ist von daher anzunehmen, daß die Politiker und Militärs sowie die Intellektuellen und Journalisten der NATO-Staaten einer *selektiven Wahrnehmung* unterlagen, wenn sie die Situation im Kosovo als "humanitäre Katastrophe" definierten, und die Situation z.B. im Südosten der Türkei nicht. Aber warum wurde dann der Militäreinsatz zur Verhinderung einer angeblichen humanitären Katastrophe ausgerechnet gegen die Bundesrepublik Jugoslawien geführt?

Gründe für das Vorgehen der NATO bzw. der größeren EU-Staaten gab es viele:

- a) Die Provinz Kosovo sollte von Jugoslawien "abgetrennt" werden, um einen starken, aber für den Westen unkontrollierbaren Staat in Südosteuropa, der auf eigenen "Entwicklungspfad" wandelt, zu verhindern. In diesem Zusammenhang sollten die "befreundeten" Albaner für ihre Rolle als Teil der Opposition in Serbien mit einer autonomen Republik "belohnt" werden.
- b) Außerdem richteten die US-Militärs im Kosovo ihr größtes Militärcamp ein, das außerhalb ihres Landes zu finden ist, was den geostrategischen Interessenhintergrund von NATO und US-Regierung beleuchtet.²¹
- c) Dann wollte man sicherlich nicht "dem Serben Mlosevic" die Kontrolle über die zunehmend bedeutender werdenden Pipeline- und Handelsrouten überlassen, die Zentral- und Vorderasien über Südosteuropa mit Mitteleuropa verbinden. Schließlich ging es den kriegführenden Parteien ursprünglich auch darum, die Herrschaft Mlosevics zu beenden,²² was jedoch erst nach dem Krieg über die spätere massive Einflußnahme auf die serbische Opposition - und darüber auf die Bevölkerung - doch noch gelang. So konnte Jugoslawien für westliche Investoren geöffnet und lohnend, also gewissermaßen "weltmarktfähig" gebombt werden,²³ denn die Erfahrungen - zuletzt in Bosnien - lehren, daß es bei der Modernisierung einer zerstörten und rückständigen ökonomischen Infrastruktur etwas zu verdienen gibt.

Artikel 87a Abs. 1 GG (Auszug): "Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf." Gemeint ist die Verteidigung des eigenen Territoriums, und nicht der Angriff eines anderen Staates!

Artikel 87a Abs. 2 GG lautet: "Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt." Das GG begrenzt allerdings die zulässigen Einsätze der "Streitkräfte" auf die Unterstützung der Polizei im "Spannungsfall" sowie auf Hilfeinsätze im Katastrophenfall.

²⁰ Vgl. Angerer/Werth 2001a.

²¹ Einen interessanten Einblick in die Hintergründe gewährt auch dieses Zitat: "Der Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien sei geführt worden, um eine Fehlentscheidung von General Eisenhower aus dem 2. Weltkrieg zu revidieren. Eine Stationierung von US Soldaten habe aus strategischen Gründen dort nachgeholt werden müssen." Es stammt aus einem Brief des CDU-MdB Willy Wimmer, Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) an den Bundeskanzler vom 2. Mai 2000, in dem er über die Ergebnisse einer Konferenz des US-Außenministeriums und dem *American Enterprise Institute*, dem außenpolitischen Institut der republikanischen Partei der USA, berichtet. Zit. nach Informationsstelle Militarisierung (Hg.): *Intervention? Mazedonien 2001. Materialien zur Diskussion um Krieg und Frieden auf dem Balkan und die Rolle der Bundeswehr*. Tübingen 2001: 33.

²² Ein Hinweis hierfür bietet die Tatsache, daß die US-Kampffjets zu Beginn ihres Angriffskrieges Regionen bombardierten, in denen die unterschiedlichsten Ethnien friedlich miteinander zusammenlebten, wie etwa in der Woiwodina. (Vgl. Chomsky 2000: 54f.) Man wollte offenbar die Bundesrepublik Jugoslawien durch das Provozieren eines immensen Flüchtlingselends destabilisieren.

²³ Vgl. Chomsky 2000: 25f.

d) Zu Beginn dieses Kapitels wurde bereits darauf hingewiesen, daß ein nicht unwesentliches Ziel des NATO-Angriffskrieges darin bestand, zu zeigen, daß es die NATO noch gibt, und daß sie noch bzw. wieder eine Funktion hat. Ganz ähnliche Motive dürften bei der aktuellen Besetzung Mazedoniens eine Rolle spielen, was die NATO-PR-Aktion "Essential Harvest" erklären würde, bei der veraltete Waffen von zuvor durch NATO-Mitglieder illegal ausgerüsteten und trainierten UCK-Kämpfern eingesammelt wurden. Die hieran anschließende und von den Deutschen "geführte" Operation "Amber Fox", bei der man erst noch die Mazedonier lang und breit vom Sinn und der akzeptablen Größe der NATO-Truppen überzeugen mußte, dient wohl v.a. der schrittweisen "Rückkehr der Deutschen zu ihrer wahren Größe" und war angeblich notwendig geworden, als die US-Streitkräfte mit ihren europäischen Statthaltern, den Briten, wichtigeres zu tun hatten..

IV. Die "demokratische Propaganda" nach dem 11. September 2001

Am frühen Nachmittag (MESZ) des 11. September 2001 mußte jeder und jede, der bzw. die das Fernsehgerät eingeschaltet hatte, mit ansehen, wie Selbstmordattentäter unbekannter Herkunft Jumbo-Jets von amerikanischen Luftlinien entführten und in die beiden Türme des World Trade Center (WTC) in New York lenkten. Später gelang es ihnen, eine weitere Maschine auf das Pentagon stürzen zu lassen, dem Sitz der wichtigsten militärpolitischen Behörden der USA. Während dieser Zeit wurden bereits die obersten Staatlenker der USA in Sicherheit gebracht, denn es war noch eine vierte entführte Maschine Richtung Washington in der Luft, die aber bald, ohne ihr Ziel zu erreichen, in einem Waldgebiet nahe Pittsburgh, Pennsylvania, zerschellte. Und dann war da noch die Autobombe, die vor dem Gebäude des Außenministeriums in Washington gezündet wurde, die aber in der Vielzahl von Horrormeldungen irgendwie "unterging".

Alle TV-Sender berichteten *live* über das Geschehen, sodaß sehr viele Menschen zusahen, wie die beiden Türme des WTC schließlich in sich zusammenfielen und Tausende von Menschen unter sich begruben.

Sofort folgten stundenlange Sondersendungen auf allen Kanälen – alle unter dem eingeblendeten CNN-Motto "America under attack". Die Kirchgruppe hatte sogar – *powered by emotion* – ihre drei Sender SAT1, Pro7 und N24 gleichgeschaltet und zeigte den ganzen Tag dieses. Während sich im Hintergrund ca. fünfmal in der Minute die Apocalypse von New York wiederholte, berichteten links und rechts des "Spektakels" eine Sprecherin und ein Sprecher von diesem schrecklichen Ereignis. Im Vordergrund liefen zwei Textbänder in unterschiedlicher Geschwindigkeit, die sonst für die Börsenkurse reserviert sind. Da aber die Börse sofort nach den Ereignissen geschlossen werden mußte, wurden auf ihnen nun die Vorgänge des Morgens (Ortszeit) in zwei Sätzen zusammengefaßt und zudem pausenlos offizielle Stellungnahmen und Zitate verlautbart. Das Ereignis wurde so unendlich wiederholt und definiert, bewertet, kommentiert...

Interessanterweise gab es an diesem Tag keine Werbesendungen mehr, und im Rundfunk gerieten bestimmte Songs auf den Index, d.h. sie durften nicht mehr gespielt werden. Die Anteilnahme wurde auf unterschiedlichste Weise ausgedrückt: Viele Sportveranstaltungen wurden zunächst abgesagt, und als man am darauffolgenden Samstag wieder Fußball spielen durfte, hieß es beim FC Bayern statt der sonst üblichen Bandenwerbung: "Give Peace a chance!"; "Schumis" roter Ferrari trug eine schwarze "Trauerhaube"; in München wurde sogar darüber diskutiert, ob man die "Wes'n" heuer einfach ausfallen läßt. Trauergottesdienste, Schweigenminuten und Gedenkveranstaltungen reihten sich tagelang aneinander. Die Trauer sollte total sein. Alles, was irgendwie nach "Spaßgesellschaft" aussah, wurde "zensiert". Entsprechend der Kommentar von Peter Scholl-Latour im ZDF als Experte für alles Islamische: "Das ist das Ende der Spaßgesellschaft!" Dies sollte nicht sein letzter Irrtum gewesen sein, aber die Zuschauerinnen und Zuschauer wurden in der Tat permanent einseitig emotionalisiert – in der ersten Phase der "Rund-um-die-Uhr-Berichterstattung" besonders intensiv.

1. Die rhetorische "Vergeltung"

Eine der ersten Stellungnahmen war die Mutmaßung des US-Präsidenten über die Täter, die die "große Nation der USA mitten ins Herz getroffen" hätten: es seien "islamistische Terroristen", die "von diesem Planeten zu entfernen" seien. Dieser Akt der Vernichtung einige Stunden zuvor sei der "Beginn des ersten Krieges im 21. Jahrhundert". Aber zunächst einmal seien alle arabischen Staaten aufgefordert, sich von diesem Verbrechen zu distanzieren, denn: "Wer sich nicht distanziert, stirbt!", wie es ein Journalist im ZDF ausdrückte.²⁴

Und prompt trat auch schon ein Yassir Arafat, sichtlich verstört und vor Nervosität sowie aufgrund seines hohen Alters bebend, vor die Kameras und distanzierte sich: "Ich bin zutiefst geschockt. Das Geschehen ist für mich unbegreiflich, unbegreiflich, unbegreiflich!"²⁵ Auch die Vertreter anderer palästinensischer Organisationen beeilten sich, vor die Kameras zu treten. Dies war auch nötig, denn schon machte ein manipulierter CNN-Bericht über sich freuende Palästinenser und Palästinenserinnen irgendwo in den von Israel besetzten Gebieten die Runde. Schließlich erbrachte sogar die Taliban-Regierung in Afghanistan die geforderte Stellungnahme.

²⁴ Zit. nach einer mehrere Stunden dauernden Sondersendung des ZDF am 11. September 2001.

²⁵ activity-Verlag (Hg.): Amerika brennt und schlägt zurück. Aktuelle Sonderdokumentation. Ottobrunn 2001.

Bush, inzwischen in Fliegerjacke, fuhr in den Tagen danach fort, daß es nun in "Amerikas Neuem Krieg" darum ginge, "die amerikanischen Werte aufrecht zu erhalten", und in Kommentaren forderten Journalistinnen und Journalisten, die USA müßten das Recht haben, sich und ihre "offene Gesellschaft" zu verteidigen und die Täter zu bestrafen. Entsprechend "berichtete" CNN zwei Tage nach den Anschlägen nicht mehr unter der Headline "America under attack", sondern kündigte "America's New War" an. Das *öffentliche Interesse* schien also hinreichend geklärt. Der zuvor in weiten Teilen der amerikanischen Bevölkerung eher unbeliebte Präsident stieg nun zur machohaften Wildwest-Ikone des US-amerikanischen "Anti-Terror-Kampfes" auf. Wendungen wie: "We want him dead or alive!" oder "Either you're with us or you're with the Terrorists!" kamen wie in Stein gemeißelte John Wayne-Drohungen 'rüber - und beim US-amerikanischen "Publikum" gut an. Die Metapher von "Gut und Böse", die Androhung eines Kreuzzuges sowie eines "neuen Kalten Krieges" gegen den "neuen Feind", den islamischen Fundamentalismus, waren geeignet, den größten Teil der US-Bevölkerung von der "Notwendigkeit" des bevorstehenden "Vergeltungskrieges" zu überzeugen.²⁶

In der Folge konnte man einen nur vor Kriegen gekannten Patriotismus in der US-Öffentlichkeit beobachten: Innerhalb kürzester Zeit waren z.B. alle Stars-and-Stripes-Flaggen in den USA ausverkauft. Unternehmen verschenkten kleine US-Fähnchen, und alle schienen damit herumzulaufen, jedenfalls wenn man nach den Fernsehbildern aus diversen Nachrichtensendungen geht. Nahezu alle Personen, die in der Öffentlichkeit auftraten, trugen plötzlich kleine metallene US-Sternenbanner als Anstecker am Revers. Es waren übrigens ausschließlich Männer, die vor die Kameras traten und Offizielles zu verlautbaren hatten, außer bei den nicht enden wollenden Interviews in New Yorks Straßen: dort wurden überwiegend kreischende, schockiert-heulende Frauen gezeigt. Jedoch am schlimmsten waren die Telefonate: Entweder aus dem entführten Flugzeug heraus, oder aus einem Büro des WTC, entweder auf einen Anrufbeantworter gesprochen, oder in den Hauptnachrichten zur besten Sendezeit "live und exklusiv" *nach* erzählt. Egal, aus welcher Perspektive, man wurde wieder und wieder "Augenzeuge" der Apocalypse.

Und dann die *Helden*: New Yorks Feuerwehrleute und Polizisten sowie all' die freiwilligen Helfer; und nicht zuletzt die tapferen Todgeweihten, die die Flugzeugführer daran hinderten, ihr viertes Ziel zu erreichen, und die kämpfend mit ihren Peinigern in den Tod stürzten. Mit ihrem "Heldenmut" wurde der *Konsens* gestiftet, den die Politiker - und nach ihnen die Journalistinnen und Journalisten - verkünden durften. Und die letzten Zweifler und Zweiflerinnen änderten gewiß ihre Meinung unter dem in den Medien erzeugten Druck während der "heißen Phase" der angeblichen (und der wenigen tatsächlichen) Mlzbrand-Attacken. Kurz nach Beginn der Bombardierung Afghanistans durch die US-Streitkräfte berichteten die westlichen Medien täglich über neue Fälle von Mlzbranderkrankungen - immer rund um die Meldungen über den Afghanistan-Krieg. So wurde der Mythos von bis an die Zähne mit Chemiewaffen ausgerüsteten, mordlüsternen fanatischen Moslems erzeugt; er war in Sachen plumper Medienmanipulation nicht zu überbieten und erfüllte mit Sicherheit seinen Zweck: Alle, selbst im entfernten Europa, fühlten sich plötzlich bedroht. Denn auch in Europa wurde eifrig am *Konsens* gebastelt: NATO-Generalsekretär George Robertson erklärte z.B. schon kurz nach den Anschlägen, daß "diese barbarischen Akte (...) einen nicht hinnehmbaren Angriff gegen die Demokratie" darstellten und "die Notwendigkeit" unterstrichen, "dass die internationale Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten der Allianz ihre Kräfte vereinigen, um die Geißel des Terrorismus zu bekämpfen. Täter, ihr werdet nicht davonkommen!" (activity-Verlag 2001)

Premier Blair wähnt im Terrorismus den "neue(n) Teufel der Welt. Großbritannien steht mit den Vereinigten Staaten Schulter an Schulter, um die Täter zu bestrafen. Dies ist kein Kampf der USA gegen den Terrorismus, sondern der ganzen freien Welt gegen den Terrorismus." (ebda.)

²⁶ Die US-amerikanische Journalistin Ari Goodman äußerte in einer Radiosendung, daß die Massenmedien in den USA "die Kriegstrommeln rühren und deshalb abwägenden Positionen kein Platz mehr eingeräumt wird: 'In den USA sind Massenmedien direktes Eigentum von Großkonzernen. NBC z.B. gehört dem Waffenhersteller General Electric, und solche Firmen profitieren vom Krieg. Außerdem, wenn Krieg vorbereitet wird, dann stellen sich die Massenmedien traditionell hinter den Präsidenten. Dadurch wird die Meinung von Menschen, die nachdenken - und eines Großteils der Bevölkerung - aus der Öffentlichkeit ausgeblendet.'" (Zit. nach einer Sondersendung im Radio 5 des WDR vom 21. September 2001.)

Auch Bundeskanzler Schröder²⁷ wertete die Anschläge als "Kriegserklärung gegen die ganze Welt"²⁸ und korrigierte sich später: "gegen die zivilisierte Welt". Daher gebühre "den Amerikanern unsere uneingeschränkte Solidarität", und der Fraktionssprecher der SPD im Bundestag, Peter Struck, verstieg sich sogar zu der Äußerung: "In dieser Stunde sind wir alle Amerikaner!", und er war garantiert nicht der einzige, der so fühlte. Dies lag wohl vor allem an der nicht enden wollenden Flut von Kommentaren und Interviews, die in den Medien von Augenzeugen und -zeuginnen sowie von den Angehörigen der "Vermissten" zu hören waren. Tagelang wurde über Schweigeminuten und Solidaritätsbekundungen berichtet, die Nachrichtensendungen konnten nur noch anhand der ständig eingeblendeten Logos (ZDF: "Krieg gegen Terror", SAT: "Amerika schlägt zurück", RTL: "Kampf gegen den Terror", um nur einige zu nennen) unterschieden werden, was sehr an Orwell's düstere Zukunftsvision "1984" erinnerte. Ebenso wie der Umstand, daß die Frankfurter Rundschau seit dem Beginn des oft verhamftend als "Luftschiäge" bezeichneten "Angriffskrieges" der USA und ihrer Verbündeten täglich einen kleinen Kasten mit folgendem Inhalt abdruckte:

In eigener Sache - Zensur

Wesentliche Informationen über die aktuellen militärischen Aktionen und ihre Folgen unterliegen einer Zensur durch diejenigen Stellen der beteiligten Konfliktparteien, von denen sie verbreitet werden. Eine unabhängige Überprüfung solcher Angaben ist der Redaktion in vielen Fällen nicht möglich. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, dies bei der Lektüre zu beachten.

Die FR-Redaktion

Und auch die Nachrichtensprecherinnen und -sprecher von ARD und ZDF wiesen einige Male darauf hin, daß die Meldungen, die auf ihren Schreibtischen landen, manipuliert sind, und daß es unmöglich sei, unabhängige Informationen zu bekommen, was sie jedoch nicht daran hinderte, wenige Augenblicke später in gewohnter Weise fortzufahren, um über die angebliche Lage zu "berichten". Über die international sehr starke Antikriegsbewegung wurde hingegen überhaupt nichts gemeldet, und der Vorfall um Ulrich Wickert zeigt, daß eben bestimmte Meinungen in den westlichen Medien nicht gefragt waren.²⁹ Und daß dies auch für kulturelle Einrichtungen gilt, zeigt u.a. das Beispiel eines Lehrers, der sich kritisch in aller Öffentlichkeit zum US-Krieg gegen Afghanistan äußerte, woraufhin er flugs vom Dienst suspendiert wurde – Berufsverbot!³⁰

Diese angsteinflößende mediale "Aufbereitung" der Ereignisse vom 11. September blieb nicht folgenlos. In der Bundesrepublik hieß es, die "Gefährdung durch islamistischen Terror" habe mit der "uneingeschränkten"

²⁷ In der ZDF-Nachrichtensendung *heute* wurde im Sommer 2001 die folgende Äußerung des Bundeskanzlers kolportiert: "Zum Regieren brauche ich nur BILD, BarmS und die Glotze!"

Zu Zeiten des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien bescheinigte der damalige NATO-Sprecher höchstpersönlich, der Brite "Jamie" Shea, der Bundesregierung ungeheures Geschick bei der Manipulation der "öffentlichen Meinung": "Die politischen Führer spielten die entscheidende Rolle für die öffentliche Meinung. Sie sind die demokratisch gewählten Vertreter. Sie wußten, welche Nachricht jeweils für die öffentliche Meinung in ihrem Land wichtig war. Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterherrennen, sondern diese zu formen verstehen." (Zit. nach Angerer, Jo und Matthias Werth: Es begann mit einer Lüge. Film-Dokumentation ausgestrahlt am 8. Februar 2001 in der ARD)

²⁸ FR vom 12. September 2001.

²⁹ Der Tagesthemen-Moderator und "Nachrichtenmann der Republik", Ulrich Wickert, beging in seiner Sendung das "Sakrileg", während des "Vergeltungskrieges" die Kritik der prominenten indischen Kriegsgegnerin und Schriftstellerin, Arundhati Roy, zu zitieren, die in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* veröffentlicht wurde. Hierin unterstellte sie Bin Laden und Bush u.a. Gemeinsamkeiten in der Denkstruktur: "Wer ist Osama Bin Laden aber wirklich? (...) Er ist das amerikanische Familiengeheimnis. Er ist der dunkle Doppelgänger des amerikanischen Präsidenten. Der brutale Zwilling alles angeblich Schönen und Zivilisierten. (...) Nun, da das Familiengeheimnis gelüftet ist, werden die Zwillinge allmählich eins und sogar austauschbar. Ihre Gewehre und Bomben, ihr Geld und ihre Drogen haben sich eine Zeit lang im Kreis bewegt. (...) Inzwischen werden sich die beiden auch in der Sprache immer ähnlicher. Jeder bezeichnet den anderen als ‚Kopf der Schlange‘. Beide berufen sich auf Gott und greifen gern auf die Erlösungsrhetorik von Gut und Böse zurück. Beide sind in eindeutige politische Verbrechen verstrickt. Beide sind gefährlich bewaffnet – der eine mit dem nuklearen Arsenal des obszön Mächtigen, der andere mit der glühenden, zerstörerischen Macht des absolut Hoffnungslosen. Feuerball und Espickel. Keule und Axt. Man sollte nur nicht vergessen, daß der eine so wenig akzeptabel ist wie der andere."

Präsident Bushs Ultimatum an die Völker der Welt – "Entweder ihr seid für uns, oder ihr seid für die Terroristen" – offenbart eine unglaubliche Arroganz. Kein Volk will diese Wahl treffen, kein Volk braucht diese Wahl zu treffen und keines sollte gezwungen werden, sie zu treffen." (Roy, Arundhati: Ein Kontinent brennt. Warum der Terrorismus nur ein Symptomist. In: *FAZ* vom 28. September 2001: 49f.)

³⁰ Vgl. Drücke, Bernd: Feindbild Antimilitarist. Ein GWR-Interview mit dem vom Dienst suspendierten Lehrer Bernhard Nblz. In: *graswurzelrevolution* Nr. 265, Münster 2002: 3.

Solidaritätsbekundung des Bundeskanzlers und deren Folgen sogar noch zugenommen, und es wurde der Boden bereitet für eine selbst zu "RAF-Zeiten" nie gekannte Aufrüstung im Bereich der sog. "Inneren Sicherheit". Gleichzeitig wuchs jedoch auch die Angst vor einem übereilten "Racheakt" der US-Regierung.³¹ Doch die Beistandsbekundungen sowie die Bitten um eine "besonnene Reaktion" aus Europa und von den Tauben in den USA führten immerhin dazu, daß die US-Militärs von einem nuklearen Gegenschlag Abstand nahmen und sich auf einen "herkömmlichen Angriffskrieg" à la Golf- oder Jugoslawienkrieg vorbereiteten.³²

Das Kriegsziel lautete offiziell, die Verantwortlichen für die Anschläge, das "Terrornetzwerk" um Osama Bin Laden, ausfindig zu machen und "auszuheben". Bush übertrieb nicht, als er ankündigte: "Wir werden sie ausräuchern!", und ein Kommentator des ZDF griff dies noch während einer Sondersendung in der ersten Bombennacht auf und forderte: "Holt sie aus ihren Löchern!" Müßig, zu erwähnen, daß alle Beteiligten (Eliten, Medien...) die Ideologie von "Gut und Böse", die die US-amerikanische Regierung verbreitete, kritiklos aufnahmen und weitertrieben.

Die regierenden Eliten der NATO-Staaten definierten die Anschläge unisono als einen Angriff eines fremden Staates auf einen ihrer Verbündeten und erklärten den Beistandsfall nach *Artikel 5* des Washingtoner NATO-Vertrages, der früher Verteidigungsfall (*V-Fall*) genannt wurde, und den sich über Jahrzehnte hinweg vermutlich alle Menschen in Europa und in Nordamerika ganz anders vorgestellt haben. Herfür mußte die hahnebüchene Konstruktion erhalten, daß die "Verantwortlichen" von mindestens einem Staat "gedeckt" würden. Bush erklärte denn auch, daß die USA es sich vorbehalten würden, nicht nur die "Terroristen" auszumachen und zu bestrafen, sondern auch alle Staaten, die sie "schützten", anzugreifen und zu "beenden" ("ending states"). Angesichts dieser klobigen Sprache und dessen, was sie bedeutete, kam man sich in den folgenden Tagen nun endgültig vor wie in einem schlechten Film!

Es begann nun ein Hin und Her: Bevor die NATO den V-Fall endgültig beschließen würde, sollten die USA stichhaltige Beweise für die Täterschaft des Al-Qaida-Netzwerkes vorlegen. Obwohl dies in der Öffentlichkeit nie geschah – und im übrigen auch nicht gegenüber den Taliban, die dies für eine Auslieferung Bin Ladens zur Bedingung machten³³ –, wurde schließlich der sog. Beistandsfall beschlossen. Somit war klar: die NATO zieht erneut in den Krieg. Nun boten fast alle NATO-Staaten den US-Streitkräften ungefragt ihre Hilfe an, jedoch wollten die USA lieber alleine über die sog. "Gegenschläge" entscheiden. Doch die USA brauchten auch die Unterstützung im arabischen Lager sowie in der gesamten zentralasiatischen Region: Nun, da alles, was irgendwie mit einem übersteigerten Islamismus zu tun hatte, zum *Feindbild* erklärt wurde, ließ sich innerhalb von Wochen unter äußersten diplomatischen und propagandistischen Mühen eine sog. "Anti-Terror-Allianz" zusammenschließen, in der die US-Regierung den Ton angibt, und in der sich neben den westlichen Demokratien auch Diktaturen und andere Unrechtsregimes – Staaten, die die Menschenrechte eklatant verletzen –, wiederfinden. Ne wurde dies so deutlich, als Rußlands Präsident Putin in Berlin plötzlich die Bundesregierung als neue Verbündete im sog. Tschetschenien-Krieg präsentieren konnte, denn dort würden die Russen – seit jeher vom Westen "mißverstanden" –, schon lange gegen "den Terrorismus" kämpfen.

2. Die militärische "Vergeltung"

³¹ Diese Befürchtung war immer wieder in Interviews geäußert worden, die in den Tagen nach dem 11. September 2001 in TV und Radio gesendet wurden.

³² In der Presse war kurz nach den Anschlägen zu lesen, daß sich die US-amerikanische Regierung zunächst "alle Optionen für einen Gegenschlag" offenhielt.

³³ Interessant ist noch ein Vorfall, der sich ca. eine Woche vor Beginn der Luftangriffe durch die USA ereignete: Die Taliban boten der "Anti-Terror-Koalition" an, Bin Laden an ein Drittland auszuliefern, jedoch die Briten konterten, daß selbst dies nichts nützen und einen Krieg nicht verhindern würde. Diese Situation erinnerte in fataler Weise an den Moment, als bekannt wurde, daß die serbische Verhandlungsdelegation 1998 in Rambouillet binnen eines Augenblicks gezwungen werden sollte, ein Zusatzprotokoll zu unterschreiben, das sie nie vorher zu Gesicht bekamen, und das faktisch die Auflösung der Souveränität des jugoslawischen Staates bedeutet hätte. In dem einen Fall ist es das inakzeptable Ultimatum der NATO, im anderen Falle pure Erpressung, die letzten Endes zum Krieg führt...

Am 7. Oktober 2001, kaum ein Monat nach den Attentaten von New York und Washington, war es dann soweit: Die US-Streitkräfte begannen, Afghanistan die "dauerhafte Freiheit" zu bringen, da sich innerhalb der "Anti-Terror-Allianz" der Codename "unendliche Gerechtigkeit" für diesen brutalen Angriffskrieg doch nicht durchsetzen ließ. We rund zehn Jahre zuvor während des Golfkrieges sah man vom Kriegsgeschehen nur soviel, wie die Zensurbehörden des US-Militärs preisgaben. Die ersten Bilder waren sehr undeutlich und hätten auch einem grün-beleuchteten Aquarium entstammen können. Und sie waren mal wieder gefälscht, wie das TV-Magazin *Monitor* beweisen konnte: ein bombardierter Schrottplatz wurde als exakt getroffener Flugzeugpark der Taliban präsentiert.³⁴ Dies hätte so wochenlang weitergehen können: ein "sauberer" Krieg scheinbar ohne Opfer – oder zumindest ohne "unschuldige" Opfer. Doch dann geschah für die US-Informationsstrategen der Super-GAU Ein arabischer Sender namens *Al-Dschasira* sendete Bilder von den Zerstörungen der US-Bomben aus Afghanistan. Sofort war klar, daß es bald Tausende ziviler Opfer geben würde. Viele Bomben fielen auf die überlebenswichtige zivile Infrastruktur, so z.B. auf speziell markierte Krankenhäuser und Lebensmittellager des Roten Kreuzes. Spätestens seit dem Jugoslawienkrieg weiß man, daß dies eine bevorzugte Strategie der US-Streitkräfte ist, um "den Gegner" so schnell wie möglich zu zermürben. Der Begriff "Kollateralschäden" soll hierbei nur in die Irre führen! Und ähnlich wie im Krieg um das Kosovo oder bei der Besetzung Mazedoniens i.Ba. die durch die USA ausgestatteten und trainierten UCK-Kämpfer, ließ sich die Nachricht nicht vollständig unterdrücken, daß der zum "Drahtzieher" erklärte Osama Bin Laden und die Taliban eine "Schöpfung" des CIA und des pakistanischen Geheimdienstes ISI waren, die für den Kampf gegen die in den achtziger Jahren Afghanistan besetzenden Sowjets ausgebildet und unterstützt wurden. Bin Laden war, wie die Mudjahedin und andere fundamentalistische Gruppierungen, ursprünglich eine Idee der US-Regierung. Sie sollten die zentralasiatischen Republiken destabilisieren und von der Sowjetunion abtrennen, was bis auf den "Fall Tschetschenien" auch gelang. Einige Anführer der tschetschenischen Rebellen wurden in Afghanistan ausgebildet, und es gibt von dort auch Verbindungen nach Bosnien und in das Kosovo, aber dies sei nur am Rande erwähnt.³⁵ Übrigens wurden auch Lebensmittel aus den Bomben abgeworfen, angeblich um die in Afghanistan herrschende Hungersnot zu lindern. Für einen Krieg, der auch aus "humanitären Motiven" geführt wurde, schmissen die US-Flieger allerdings etwas viele Streubomben, die aufgrund ihrer Folgen international geächtet sind, da sie wie Anti-Personen-Minen wirken. Zudem sind sie leicht mit den abgeworfenen Lebensmittelpaketen zu verwechseln, aber nachdem dies durchsickerte, ordneten die Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte an, die Farbe der Lebensmittelpakete zu ändern. Führt dies alles nicht notwendigerweise zu der Frage nach den tatsächlichen Motiven für diesen Krieg?

3. Der materielle Hintergrund des Krieges: wieder mal Blut für Öl?

Die Kriegs- und Bombenstrategie des Westens, mit der angeblich "humanitäre Ziele" verfolgt werden, kann getrost als Chimäre bezeichnet werden. Das vorsätzliche Bombardieren der friedlichen Vojvodina durch US-Flugzeuge gleich zu Beginn des Angriffskrieges der NATO gegen Jugoslawien ist nur ein Beispiel für die Doppelzüngigkeit des "neuen militärischen Humanismus".³⁶ (Durch das Bombardieren nicht-militärischer Ziele und die darauffolgenden Flüchtlingsströme sollte die Bundesrepublik Jugoslawien destabilisiert werden.) Aber noch krasser tritt dieser offensichtliche Widerspruch hinsichtlich der "Versorgung" der bombardierten und millionenfach vertriebenen Zivilbevölkerung in Afghanistan zutage – ebenfalls durch das US-Militär aus der Luft. Dabei geben die auf die Lebensmittelpäckchen aufgedruckten US-Fahnen den entscheidenden Hinweis auf den Sinn dieser PR-Aktion. Das Feindbild der "islamisch-fundamentalistischen Terroristen" hält die "Koalition gegen den Terror" noch zusammen. Wie lange? Vielleicht bis die militärischen und die nicht zu vernachlässigenden ökonomischen Interessen des Westens

³⁴ Vgl. den entsprechenden Bericht der ARD-Sendung *Monitor* vom 8. November 2001.

³⁵ Vgl. Chossudovsky, Michael: Osama bin Laden – Der gelehrige Schüler der USA Hintergrundinformationen zur US-Politik in Afghanistan. In: GEHEMN: 3/2001. Köln und Hamburg: 9-12.

³⁶ Vgl. Chomsky 2000: 54ff.

offensiver verfolgt und damit offensichtlicher werden, was vermutlich erst nach den Kämpfen in Afghanistan der Fall sein wird

- die Ausweitung der US-amerikanischen Einflußsphäre in Zentralasien aus geostrategischen Überlegungen, um den "Konkurrenten" Rußland, China und Iran wirkungsvoll zu begegnen;
- der Anti-Drogen-Kampf, der z.T. auch gegen CIA-Partner und hochrangige Mitglieder dieses sog. Geheimdienstes geführt werden mußte;
- die Ausbeutung des Erdgases, das in Afghanistan darauf wartet, gefördert zu werden;
- die Ausbeutung der zentralasiatischen Erdöl- und Erdgasfelder und der Bau von Pipelines durch Afghanistan nach Pakistan und Indien.

Seit 1998 waren die Verhandlungen zwischen der US-amerikanischen Ölindustrie und den Taliban über den Bau der Pipelines unterbrochen. (Damals war der heute amtierende Übergangspräsident Afghanistans, Hamid Karsai, Mitglied der Verhandlungsdelegation der US-amerikanischen Ölfirma *Unocal*.) Zumeist versuchten die Taliban, verschiedene Konzerne gegeneinander auszuspielen, zum anderen waren sie nicht in der Lage, die vollständige Sicherheit der Pipelines zu garantieren, da sie Afghanistan nur zum Teil beherrschten. Um den Verhandlungsprozeß wieder in Gang zu setzen, gab es allein 2001 drei Konferenzen der Vereinigten Staaten mit den zentralasiatischen Staaten und einigen EU-Staaten, u.a. im Juli in Berlin. Da die Taliban sich weigerten, den westlichen Staaten verlässliche Zusagen über die Nutzung ihres Landes z.B. für den Transport des zentralasiatischen Erdöls Richtung Meer zu geben, drohte ein US-Unterhändler dem Taliban-Regime mit möglichen Invasionsplänen seiner Regierung. Nach der Darstellung des Journalisten Pierre Abramovici erhielten daraufhin - im August - die Attentäter des 11. September ihre Befehle. Am 9. September ermordeten dann einige Gefolgsleute Bn Ladens den Hoffnungsträger des Westens für ein Post-Taliban-System in Afghanistan, den als Integrationsfigur der Nordallianz geltenden Ahmed Schah Masud.³⁷

War der 11. September also eine Folge der "gescheiterten" Verhandlungen zwischen dem Westen und den Taliban - ausgelöst durch die Invasionsdrohung eines US-Unterhändlers?

V. Das Ende der Propaganda?

Nachdem die Existenz des "Office of Strategic Influence" (OSI) publik geworden ist, will das Pentagon künftig offenbar auf diesen Baustein seines Propagandaapparates verzichten. Sowohl Präsident Bush als auch Verteidigungsminister Rumsfeld gaben vor, von der Existenz des OSI nichts gewußt zu haben. Beide zeigten sich "überrascht", "dass den Amerikanern nicht die Wahrheit gesagt wird", so Bush in der *FR* vom 27. Februar 2002.

Das "Büro für strategische Einflußnahme" wurde nach dem 11. September 2001 eingerichtet, um vor allem im arabischen Lager Falschinformationen abzusetzen. Neben Drohungen wurden mit Hilfe ältester Propagandatricks die Regierungen von Nicht-NATO-Staaten dazu gebracht, der "Koalition gegen den Terrorismus" beizutreten und die US-Regierung in ihrem angeblichen "Anti-Terror-Krieg" zu unterstützen. Nach der "ersten Phase" des Angriffskrieges gegen Afghanistan sollten zunehmend die ausländischen Medien das Ziel von Desinformationskampagnen werden; übrigens mit der Begründung, weil es in den USA gesetzlich verboten sei, die inländischen Medien mit Falschmeldungen zu "versorgen". (Vgl. *FR* vom 22. und vom 27. Februar 2002.)

Am 26. Februar 2002 brachte *Der Spiegel* ein Interview mit ZDF-Chefredakteur Brender, der, angesprochen auf die beabsichtigte Desinformationskampagne des Pentagon gegen ausländische Medien, argumentierte, daß das ZDF künftig an alle Informationen ein "dickes Fragezeichen" hängen wolle. Deshalb baue man gerade die Zusammenarbeit mit dem arabischen Nachrichtensender "Al Dschasira" sowie ein Redaktionsbüro in Teheran auf, um Informationen

³⁷ Vgl. Abramovici, Pierre: Erdölkonzerne, Geheimdienste und Internationale Vermittler. Dubiose Kontakte zwischen Washington und den Taliban. In: *Le Monde diplomatique* vom 11. Januar 2002: 6f.

besser "gegenchecken" zu können. Auch wenn das Pentagon nun das OSI schließen will, stehen den US-Strategen dennoch einige Mittel und Wege offen, für den nötigen Kriegskonsens zu sorgen.

Zur Vorbereitung des aktuellen Kriegsgeschehens wurde mindestens eine PR-Agentur, die Rendon-Group mit Sitz in Washington D.C, für mehrere Hundert Mio. US\$ engagiert. Noch bekannt für gezielte Falschinformation aus dem Golfkrieg (à la "Irakische Soldaten reißen in einem kuweitischen Krankenhaus Babies aus Brutkästen und klatschen sie auf den Fußboden..."), berät sie die Krieger des Pentagon und des Weißen Hauses, mit welchen Pressemitteilungen und mit welcher Desinformation sich die öffentliche Meinung formen läßt. Die moderne Kriegführung kann eben auf Propaganda bzw. auf Zensur, Lügen und Desinformation noch nicht ganz verzichten.

America under attack

von isabel liphay

Schock Türme verschwinden Menschen verschwinden
Vergeltung Suche Vermisste CNN LIVE
Fremde Böse Honor Civilisation Humanity
eleven thousand bodybags
beten Kerzen Blumen weinen
Amerika under attack Freedom Security
President additional Authority
help each other
stählerne amerikanische Entschlossenheit
11 tausend Leichensäcke
Manhattan: smoke and dust in the air
attack to the free democratic world
we will come back stronger
Flugzeuge kein Fleischmesser
Good versus Evil
Battlefield
collapse
Manhattan collapses
New York collapses
Washington collapses
American Democracy the World collapses
blood donations
Wall Street collapses
Osama Bin Laden Täter jagen
shock collapse
Highest State of Alert
evacuation
America under attack
Hijacked World Trade Center collapse
America under attack
CNN LIVE
all U.S. finances close
Weltordnung Weltfrieden Börse
Chicago Trade
the World has changed
America's New War
CNN LIVE!

Von Isabel Liphay sind bisher folgende Bücher erschienen:

"Seltsame Pflanzen und andere Lebensbilder", Unrast Verlag, 1995. 2. Aufl. 1996. Gedichte, Erzählungen, Theater. (deutsch/spanisch)

"Die Begegnung/Aquel Encuentro", Unrast Verlag, 1998. Erzählungen. (deutsch/spanisch)